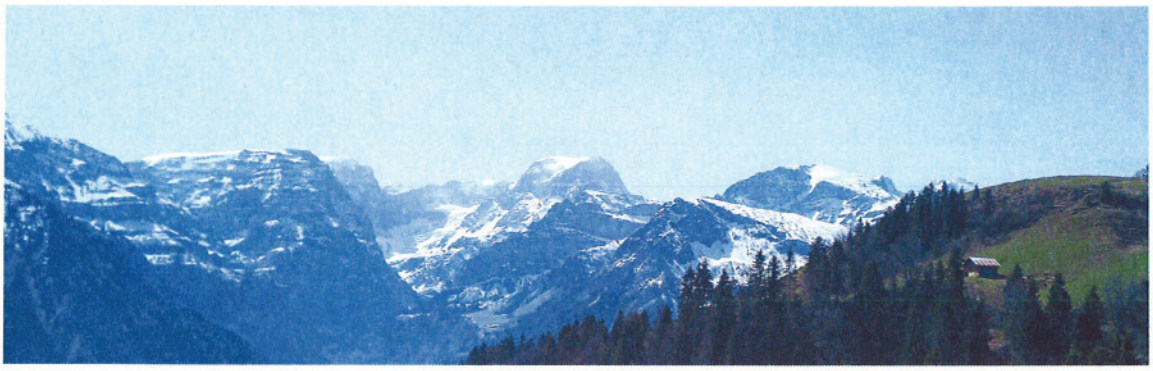
Glarus Süd *Kraft.*

PROTOKOLL



Gemeindeversammlung Glarus Süd

24. Juni 2011, 20.00 Uhr

Gemeindezentrum in Schwanden

Gemäss Art. 53 des Gemeindegesetzes ist die Gemeindeversammlung öffentlich. Nicht stimmberechtigte Personen sind als Zuhörer zugelassen, soweit die räumlichen Verhältnisse dies gestatten und dadurch die Ermittlung des Mehrs nicht beeinträchtigt wird. Sie dürfen die Verhandlungen und Abstimmungen nicht stören und sich nicht daran beteiligen.

Frau Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey gab sich die Ehre, anlässlich der ersten Gemeindeversammlung von Glarus Süd ein Begrüssungswort an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger richten. Vorgängig stellte sie sich für ein Feierabendgespräch im Hotel Adler mit anschliessendem Apéro zur Verfügung. Sie verstand es dabei, charmant, mit Witz und mit grosser Dossierkenntnis ausführlich auf die Fragen der Anwesenden einzugehen.

20.00 Uhr: Begrüssung von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti

"Hochgeachtete Frau Bundespräsidentin

Sehr verehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die Stimmberechtigten der damals noch künftigen Gemeinde Glarus Süd sind vor dem 1. Januar 2011 bereits viermal zu einer Gemeindeversammlung zusammengekommen, um Geschäfte wie die Gemeindeordnung, die Besoldungs- und Anstellungsverordnung und Reglemente z. B. im bereich Wasser und Abwasser zu beschliessen. Seit dem 1. Januar 2011, also seit es die Gemeinde Glarus Süd tatsächlich gibt, ist dies die erste Gemeindeversammlung. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Gemeindeversammlung! Wir haben heute zudem die grosse Ehre, dass Sie, Frau Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, zu uns gekommen sind und ein Grusswort an die Gemeindeversammlung richten werden. Madame la Présidente de la Confédération, nous vous souhaitons très cordialement la bienvenue à Glaris Sud et j'ai l'honneur de vous donner la parole".

Glarus Süd *Kraft.*

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Ansprache von

Micheline Calmy-Rey

Bundespräsidentin

Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten

Anlässlich der Gemeindeversammlung der Gemeinde Glarus Süd

Schwanden

Freitag, 24. Juni 2011

Seul le texte prononcé fait foi !

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats
Liebe Süd-Glarnerinnen und Süd-Glarner

Ich freue mich ausserordentlich, hier mit Ihnen die erste reguläre Gemeindeversammlung der flächenmässig grössten Gemeinde eröffnen zu dürfen. Sie sind für mich das beste Beispiel, dass wir trotz der wichtigen Traditionen und bestehenden Strukturen auch den Wandel wagen müssen. Der Wandel muss aber mit den Menschen und in einem menschlichen Tempo erfolgen. Sonst verlieren wir die Menschen auf dem Weg des Wandels. Auch in diesem Bereich haben Sie, liebe Glarnerinnen und Glarner vorbildliche Arbeit geleistet. Schon ist fast ein Jahr seit der Gemeinde-Taufe vergangen. Nach der Festfreude kam die harte, tägliche Knochenarbeit der Umsetzung der bereits in vielen Dialogforen sorgfältig geplanten Veränderungen. Und nun werden Sie zur ersten Gemeindeversammlung schreiten. Ich möchte Ihnen dazu sehr herzlich gratulieren.

Wie Sie vielleicht wissen, bin ich ausserordentlich stolz auf die direkte Demokratie in unserem Land. Ich war bereits zweimal als Gast an Ihrer Landsgemeinde und die Gemeindefusion gehörte zu den mutigsten Entscheiden in ihrer jüngeren Geschichte. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, dass ich bei meinen internationalen Arbeitstreffen oft über die direkte Demokratie spreche. So noch vergangene Woche in Polen, das erstmals ab 1. Juli den Vorsitz der Europäischen Union übernehmen wird. Der polnische Präsident sprach mit grösster Bewunderung vom direkten Dialog mit der Stimmbevölkerung. Dies ermöglichte mir, anhand der Glarner Landsgemeinde das Wesen der Schweizer Demokratie und den bilateralen Weg in Europa zu erklären.

Glarus war schon immer ein Kanton, der sich in guten und schlechten Zeiten bewusst war, dass unser Wohlstand auch von den Entwicklungen in der Welt um uns herum abhängig ist. Unsere Welt verändert sich rasant. Wir wissen dies und viele Menschen erfüllt dies mit einer gewissen Sorge. Die seit dem 18. Jahrhundert ununterbrochene Dominanz des Westens wird ein Ende nehmen. Der Anteil der entwickelten Länder am weltweiten Wirtschaftswachstum ist in den letzten 30 Jahren von 60% auf 30% gesunken. Das Entstehen neuer Machtverhältnisse wird durch die Bevölkerungsentwicklung begünstigt. Im Jahre 2050 wird Europa nur noch 7% der Weltbevölkerung stellen. Das birgt für

unser Land Gefahren aber auch Chancen. Sie erfahren dies im Kanton auch hautnah. Gewisse Firmen können die Globalisierung nutzen und sind auf den Weltmärkten erfolgreich, andere mussten aufgrund der erdrückenden internationalen Konkurrenz die Tore schliessen.

Glarus hat in vielem die ideale DNA der Schweiz. Hier wirken erfolgreiche Unternehmen auf den Weltmärkten neben einzigartigen Naturgebieten und Ferienorten, welche den Schutz der Umwelt sehr ernst nehmen. Schon früh hat sich Glarus als ein Ort des politischen Dialogs, der religiösen Toleranz und des Willens zu Veränderungen erwiesen. Die Gemeindefusion im Kanton Glarus ist dafür ein starkes Symbol.

Ich wünsche der jüngsten und größten Gemeinde der Schweiz Glarus Süd alles Gute auf ihrem verheissungsvollen weiteren Lebensweg.

Traktanden

1. Begrüssung und Mitteilungen

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
   2.1 Einheitsgemeinden
   2.2 Ortsgemeinden
   2.3 Schulgemeinden
   2.4 Tagwen in Linthal
   2.5 Weitere Rechnungen

3. Neubau der Waldstrasse Rütenen-Wysswand und Verbreiterung der anschliessenden Korporationsstrasse in Luchsingen
   - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio.

4. Erneuerung Brunnenbergbahn in Luchsingen, als Personentransportbahn
   - Kompetenzerteilung an Gemeinderat zur Sprechung eines einmaligen Beitrages im Kostenrahmen Fr. 250'000.- bis max. Fr. 500'000.-

5. Sanierung und Ausbau der Gufelstockstrasse in Engi
   - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 3.025 Mio.

6. Projekt Turnhalle Linthal
   - Antrag auf Gewährung eines Projektierungskredites 1-fach Halle von Fr. 306'000.- / 2-fach Halle von Fr. Fr. 394'000.-

7. Um- und Teilumzonung in Schwanden
   - Teilumzonung von 759 m2 der Parz. Nr. 429 und Umzonung von 767 m2 der Parz. Nr. 747 im Grundbuch Schwanden

8. Teilumzonung in Linthal
   - Teilumzonung von 610 m2 der Parz. Nr. 206 im Grundbuch Linthal

9. Nachtrag III zum SN Partnervertrag betreffend Konzessionen am Sernf und Niederenbach
   - Antrag auf Genehmigung

10. Gemeindeordnung Glarus Süd
    - Neufassungen und Ergänzungen einzelner Artikel im Schulbereich

11. Genehmigung Friedhofverordnung Glarus Süd

12. Abwasserverband Glarnerland (ARA), Bilten
    - Projekt Sanierung und Optimierung der Nachklärung
    - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 4.160 Mio.

13. Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung

14. Umfrage

Sprachform
Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich gleichermassen auf beide Geschlechter.

1. Begrüssung und Mitteilungen

Archiv-Nummer
10.06

Traktandum 1: Berichtgaben

"Es ist nicht alltäglich, dass die Bundespräsidentin eine Gemeindeversammlung mit einem Grusswort eröffnet, selbst wenn es sich um die Gemeindeversammlung der grössten Gemeinde handelt. Das ist indirekt auch eine Folge der Gemeindestrukturreform und darf - wie das Datum des 1.Januar 2011 - als historisch bezeichnet werden, obwohl ich persönlich beim Gebrauch dieses Wortes sehr zurückhaltend bin. Historisch allein sagt an sich auch nicht ob *gut* oder *schlecht* und daher sollten sich sogar diejenigen an diesem Wort nicht stören, die sich der Reform nicht anschliessen konnten. Das Verdienst, diesen Besuch in die Wege geleitet zu haben, kommt im übrigen dem OK der „Ouvertüre" zu, denn ursprünglich war der Besuch für den letzten Sommer geplant gewesen.

Der Gemeinderat musste im letzten Jahr sehr viel Zeit darauf verwenden, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit der Start am 1.1.2011 gelingt. Bildlich gesprochen ging es darum, das Flugzeug in die Luft zu bringen. Vor diesem einen prioritären Ziel, das auch vom Gemeinderat eine Reihe von Detailbeschlüsse verlangte, musste vieles zurücktreten, was ebenfalls wichtig war. Aufgaben, die nun noch an die Hand zu nehmen und zu erledigen sind. Ich habe an vielen Orten immer wiederholt, dass es auch Fehler geben wird, dass das eine oder andere durch die Masche gehen wird. Ich habe darum gebeten, bei Anfangsschwierigkeiten etwas Geduld zu zeigen, die Verwaltung und in schweren Fällen den Gemeinderat oder das Präsidium auf Mängel hinzuweisen. Ich danke allen, die solche Mängel gemeldet haben, denn nur so kann man an Lösungen arbeiten. Es ist mir und dem Rat auch bewusst, dass wir bei gewissen Fragen eine weniger glückliche Hand hatten, was der Gemeinderat bedauert. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es nie schlechter Wille war. Und ich bin überzeugt, dass der Start über alles gesehen recht gut gelungen war. Die Kader und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Glarus Süd haben eine grosse Leistung erbracht und das in vielen Fällen über mehrere Monate in Doppelfunktionen. Ich möchte den Hauptabteilungsleitern, der Kanzlei mit dem Gemeindeschreiber an der Spitze dem Personaldienst sowie allen Kadern und Angestellten und der Sekretärin beim Präsidium für ihren grossen Einsatz beim Übergang in die neue Struktur im Namen des Gemeinderates ganz herzlich danken.

Glarus Süd - und das gilt auch für die beiden anderen Gemeinden - ist noch ein zartes Pflänzchen. Es braucht jetzt eine gewisse Konsolidierungsphase, das heisst solide Arbeit

in den Gemeinden. Wenn ich das sage, so meine ich auch die Erarbeitung von grundlegenden Planungsinstrumenten, wie strategische Ziele, Leitlinien, die kommunale Richtplanung, welche gegen Ende 2012 „Gestalt" annehmen sollte und daraus folgend in einem nächsten Schritt dann die Bau- und Zonenordnung. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir haben ein Lohnsystem sehr ähnlich dem kantonalen, das in manchen Einzelheiten noch umzusetzen ist. Es gibt auch Fragen im Zusammenhang mit Korporationen zu lösen. Der Gemeinderat möchte noch in diesem Jahr diesbezüglich einige Grundsatzentscheide treffen und sich im nächsten Jahr an die Umsetzung dieser Grundsatzentscheide machen. Wenn man zu rasch vorgeht, kann man sich leicht verhauen. Wer die Wirtschaftsnachrichten in den Zeitungen liest, weiss, dass eine Fusion zwischen zwei Firmen Reibungen verursacht und dass es Zeit braucht, bis sich die unterschiedlichen Firmenkulturen verbunden haben. Wie sollte es bei einer Fusion von 27 Orts-, Tagwens- und Schulgemeinden anders sein? Das Departement Gesellschaft und Tourismus hat es sich speziell zum Ziel gesetzt, Bestrebungen zu fördern und selbst Anlässe zu organisieren, die die Einwohner unserer Gemeinde zusammenbringen. Der morgige Anlass „Glarus Süd trifft sich" reiht sich in diese Bemühungen ein. Ich danke dem Departementsvorsteher sowie dem Kulturdelegierten und seinen Helfern für ihre Arbeit und wünsche dem Anlass guten Erfolg.

Der Gemeinderat ist fest entschlossen, alles zu machen, damit wir auch die grossen, langfristigen Ziele der Gemeindestrukturreform erreichen, nämlich dass Glarus Süd vorankommt, eine starke, solide und lebensfähige Gemeinde wird. Das ist das anspruchsvollere Ziel als es das „Operativ-Machen" der neuen Gemeinde auf den 1. Januar 2011 war. Um die langfristigen Ziele zu erreichen, braucht es Zeit und Geduld, viel mehr Zeit und Geduld, als wir vielleicht alle dachten. Es braucht einen langen Atem, Willen und Energie. Dabei ist der Gemeinderat auf Ihre Unterstützung angewiesen. Wir dürfen uns durchaus bewusst sein, woher wir kommen und welches unsere Wurzeln sind, aber es gilt auch das bekannte Wort von Schiller: *Blick vorwärts und nicht hinter Dich*!

Seit dem 1. Januar 2011 hat die neue Gemeinde natürlich auch das ganze Tagesgeschäft zu bewältigen. Ich kann Ihnen sagen: Es läuft viel. Und wir haben alle bis zum Präsidenten feststellen müssen, dass sich auch das Tagesgeschäft in einer neuen Dimension abspielt. Das wird für die Behörde und für die Verwaltung in den nächsten zwei Jahren ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Herausforderung bleiben. Danach sollten wir die Sache so gut kennen, dass wir optimieren und verbessern können. Über Manches wird man sich z. B. erst dann ein verlässlicheres Bild machen können, wenn einmal ein Abschluss oder besser zwei Abschlüsse vorliegen. Auch das Traktandum **Berichterstattung** kann nicht mehr in der Art behandelt werden, wie wir uns das gewohnt waren, sonst müssten Sie mir viel zu lange zuhören. Der Gemeinderat lässt in

der Regel nach jeder Sitzung eine Medienmitteilung abfassen, in welcher über behandelte Geschäfte informiert wird. Aus dem Bestreben heraus, die Gemeindeversammlung als Mittel- und Höhepunkt des politischen Lebens der Gemeinde zu festigen, sind dem Gemeinderat Anregungen unterbreitet worden. Durch den Besuch der Bundespräsidentin war der Rahmen dieser Gemeindeversammlung festgelegt; wir sind dankbar für die Anregungen und werden uns gerne damit auseinandersetzen.

Am 11. März war ein Interview mit Regierungsrat Dr. Rolf Widmer in der Südostschweiz. Dort stand zu lesen, dass es sinnvoll sei, den Verteiler der **Steuererträge** zu überprüfen, wenn die neuen Gemeinden ihre ersten Rechnungen abschliessen. Das Gemeindegesetz legt für die Jahre 2011 bis 2013 als Übergangsbestimmung fest, dass Kanton und Gemeinden maximal 114 Steuerprozent erheben dürfen, wobei der Kanton zurzeit 54 % für sich beansprucht, womit den Gemeinden 60 % verbleiben. Alle Gemeinden erheben zurzeit 60 %. Keine hat ein wirklich befriedigendes Budget. Als der Landrat und die Landsgemeinde die entsprechende Vorlage und die Aufteilung berieten und für den Kanton 54 % beansprucht wurden, ging man von einem Steuerertrag von 175 Mio. aus. Aufgrund von Steuererleichterungen mussten die Gemeinden bei der Budgetierung aber nicht von 60% von 175 Mio. ausgehen sondern von 60 % von 155 Mio. Das ist ein Unterschied. Bekanntlich ist die Pflegefinanzierung anstatt auf gesamthaft 1.7 bis 2.5 Mio. für alle drei Gemeinden auf etwa 6.5 Mio. angestiegen. Auch das ist ein Unterschied. Effektiv stehen somit den Gemeinden erheblich weniger Mittel zur Verfügung als man bei der Vorlage zur Steueraufteilung angenommen hatte der Gemeinderat ist daher der Auffassung, dass eine Verschiebung der Aufteilung der Steuerprozente im Verhältnis Kanton/Gemeinden unumgänglich ist. Es ist anzunehmen, dass der Kanton diesem Anliegen nicht gerade mit offenen Armen begegnet, zumal der Ertrag aus dem Nationalbankgewinn stark abnehmen wird. Daher ist bei den Ausgaben nach Auffassung des Gemeinderates Mass zu halten und Wünschbares vom Notwendigen zu trennen. Nicht aus einem Gefühl der Resignation sondern aus Vorsicht.

Unsere Gemeindeordnung sieht für die ***Alters- und Pflegeheime*** die Form der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt vor. In der Übergangsbestimmung von Art. 84 wird gesagt, dass die zuständige Departementskommission, d.h. die Departementskommission Gesellschaft und Tourismus unter der Führung von Departementsvorsteher Kurt Reifler *nach Möglichkeit* die Überführung in diese Rechtsform bis Ende 2010 umsetzen soll. Falls dies nicht möglich sein sollte, müsste die Departementskommission der Gemeindeversammlung bis Ende 2012 einen Antrag bezüglich der künftigen Rechtsform unterbreiten. Zwar erwies sich die Überführung der Heime in eine selbständig-öffentlich-rechtliche Anstalt bis Ende 2010 als nicht machbar, doch ist der Gemeinderat dem Antrag der Departementskommission gefolgt, dass diese

Rechtsform das richtige und an die Hand zu nehmen sei. Die Vorarbeiten für die Umsetzung sind zurzeit im Gange.

Die Leitung dieser selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt der Heime liegt gemäss Gemeindeordnung in der Hand einer Verwaltungskommission, die vom Gemeinderat gewählt wird und der mindestens zwei Gemeinderatsmitglieder angehören müssen. Der Gemeinderat hat diese Verwaltungskommission gewählt. Sie besteht aus Kurt Reifler als Präsident, Dr. Hans-Jakob Zopfi als Vizepräsident, und den Mitgliedern Anna-Rosa Dreyer-Streiff, Hermann Figi und Margrit Landolt-Cadonau und arbeitet seit April 2010. Seit dem 1. Juli 2010 ist sie für das Alterszentrum Schwanden zuständig. An seiner Sitzung vom 14. April 2011 hat der Gemeinderat weiter beschlossen, dass die Kommission ab dem 1. Juli 2011 auch für die Heime in Linthal und Elm zuständig ist anstelle der dort aus dem Amt ausscheidenden früheren Kommissionen. Diesen Kommissionen sei hiermit der Dank für ihre gute und jahrelange Arbeit ausgesprochen.

Ebenfalls in der Rechtsform der öffentlich-rechtlich-selbständigen Anstalt werden die Technischen Betriebe Glarus Süd, *tbgs,* geführt. Sie haben ihren Betrieb im Januar aufgenommen, nachdem gemäss Art. 76 der Gemeindeordnung die Elektrizitätswerke und die Wärmeverbünde auf dem Gebiet der Gemeinde Glarus Süd per 31.12.2010 in die bereits bestehende selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt EWS integriert worden sind und anschliessend das EWS in *tbgs* umfirmiert wurde.

Im Auftrage von Herr Adolf Tschudi, Leiter Grün, informiere ich Sie dahingehend, dass im Zusammenhang mit dem Projekt Linthal 2015 und der Erstellung der 380 kV-Leitung ab sofort Holzschläge stattfinden.

Bei der Ausübung seines liebsten Hobbys ist am Karfreitag unser geschätzter Kadermitarbeiter Daniel Tresch-Mächler tödlich verunglückt. Der Verstorbene stand seit 1988 im Dienste der ehemaligen Gemeinde Rüti und führte seit dem 1. Januar 2011 als verantwortlicher Revierförster die Betriebsfiliale Grün der Gemeinde Glarus Süd in Schwanden. Daniel Tresch hat sich nicht nur in der Familie, im Beruf und in seinen Hobbys eingebracht sondern auch als Stimmbürger für das öffentliche Leben eingesetzt. An der Gemeindeversammlung vom 23 April 2009 stellte er den Antrag, dass die Farbe unseres Wappens blau anstatt rot sein solle und drang damit durch. Wir denken in Verbundenheit an seine Familie und werden Daniel Tresch stets ein ehrendes Andenken bewahren. Herr Bernhard Messmer, unser Personalchef, hat der schwer geprüften Familie in der Zeit nach dem Unglücksfall diskret und mit grossem Einfühlungsvermögen wertvolle Unterstützung geleistet.

Einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich für heute wegen anderer Verpflichtungen ausdrücklich entschuldigt. Namentlich entschuldigen möchte ich Gemeinderat Hanspeter Zweifel, dem die Teilnahme an dieser Versammlung nicht möglich ist. Im Übrigen stelle ich fest, dass die Versammlung rechtzeitig unter Bekanntgabe der Traktanden im Amtsblatt einberufen wurde, dass das Memorial mit der Traktandenliste und den weiteren Unterlagen gemäss der Gemeindeordnung zugestellt worden ist und dass die heutige Gemeindeversammlung somit über die traktandierten Geschäfte beschlussfähig ist. Sofern sich keine Einwendungen ergeben, gehe ich davon aus dass, Sie auch mit der vorgeschlagenen Traktandenliste einverstanden sind".

Heute sind folgende **Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler** anwesend:

Anita Schlittler (Saal)
Vreni Mächler (Saal)
Helmut Meesters (Saal)
Monika Albert (Saal)
Ruth Oeschger (Podium)
Fritz Dürst (Mikrofon)
René Blesi (Mikrofon)
Rolf Lehmann (Mikrofon)
Willi Wolf (Mikrofon)

Es erfolgen weder zur vorgeschlagenen Traktandenliste noch zu den Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler Einwendungen.

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.1 Einheitsgemeinden

Archiv-Nummer
10.06

2.1.1 Ausgangslage

Dieses Traktandum umfasst die Jahresrechnungen 2010 der ehemaligen Einheitsgemeinden

- Luchsingen
- Sool
- Schwändi
- Betschwanden (Einzelabstimmung Orts- und Bürgergemeinde)

Kommentar zu den Jahresrechnungen 2010

Die Jahresrechnungen der bisherigen Gemeinden wurden für das letzte Jahr wie gewohnt abgeschlossen. Alle Rechnungen der verschiedenen Körperschaften wurden durch die bisherigen Finanzverwalterinnen und Finanzverwalter abgeschlossen und durch die gewählten Revisionsstellen der Gemeinden geprüft. Für jede Rechnung liegt ein unterzeichneter Revisionsbericht vor. Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle allen Finanzverantwortlichen der bisherigen Gemeinden für ihre wertvolle Arbeit und ihren Einsatz.

Das Jahresergebnis 2010 wurde durch sehr verschiedene Faktoren beeinflusst. Namentlich zu erwähnen sind die einmaligen Projekt- und Fusionskosten und die Bezahlung der unzähligen Überstunden von Mitarbeitern, die während des 2. Halbjahres Doppelfunktionen zu erfüllen hatten. Ebenfalls zu erwähnen sind auch die Defizitbeiträge im Bereich Schule. So mussten z.B. verschiedene Schuldefizite in der Jahresrechnung doppelt verbucht werden, da diese bis anhin im Folgejahr berücksichtigt wurden.

Der konsolidierte Zusammenzug der laufenden Rechnung aller Körperschaften ergibt einen Aufwandüberschuss von CHF 2'751'137. In diesem Ergebnis enthalten sind die Projektkosten 2010 von CHF 2'213'160. Die zusätzlichen Abschreibungen belaufen sich auf CHF 803'336. Wenn man die Projektkosten, welche ausserordentliche und einmalige Ausgaben sind und die zusätzlichen Abschreibungen vom vorliegenden Jahresergebnis abzählt, könnten wir rechnerisch sogar einen Ertragsüberschuss von CHF 265'000 ausweisen (Details finden Sie auf Seite 4).

Der Steuerertrag bei den Ortsgemeinden war um 5% und bei den Schulgemeinden um 5.6% höher als budgetiert. Die Nettoinvestitionen der bisherigen Orts, Bürger- und Schulgemeinden belaufen sich auf CHF 3'993'628 und waren mit CHF 6'403'000 budgetiert. Ebenfalls besser als budgetiert, hat die laufende Rechnung abgeschlossen. Der Aufwandüberschuss beträgt CHF 2'715'137, gerechnet wurde mit ein Aufwandüberschuss von CHF 3'137'579. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 24.92% und der Cash flow beläuft sich auf CHF 995'211.

Die Jahresrechnungen 2010 wurden pro Gemeinde gedruckt und verteilt. Die Einwohner von Sool erhielten die Jahresrechnung von Sool, während die Einwohner von Schwändi die Jahresrechnung von Schwändi erhielten. Weitere Jahresrechnungen anderer Gemeinden konnten bezogen werden.

2.1.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

2.1.2.1 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Einheitsgemeinde Luchsingen

2.1.2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Einheitsgemeinde Sool

2.1.2.3 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Einheitsgemeinde Schwändi

2.1.2.4 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Einheitsgemeinde Betschwanden

a) Ortsgemeinde
b) Bürgergemeinde

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.1 Einheitsgemeinden

Archiv-Nummer
10.06

Diskussion

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti erläutert dieses Geschäft und stellt die vier Jahresrechnungen zur Diskussion. Stillschweigend werden die Jahresrechnungen genehmigt.

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.2 Ortsgemeinden

Archiv-Nummer
10.06

2.2.1 Ausgangslage

Dieses Traktandum umfasst die Jahresrechnungen 2010 der ehemaligen Ortsgemeinden

- Linthal
- Braunwald
- Rüti
- Haslen
- Schwanden
- Mitlödi
- Engi
- Matt
- Elm

Den Kommentar zu den Jahresrechnungen siehe Seite 11.

2.2.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

2.2.2.1 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Linthal

2.2.2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Braunwald

2.2.2.3 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Rüti

2.2.2.4 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Haslen

2.2.2.5 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Schwanden

2.2.2.6 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Mitlödi

2.2.2.7 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Engi

2.2.2.8 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Matt

2.2.2.9 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Ortsgemeinde Elm

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010 2.2 Ortsgemeinden	Archiv-Nummer 10.06

Diskussion

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti erläutert dieses Geschäft und stellt die neun Jahresrechnungen zur Diskussion. Stillschweigend werden die Jahresrechnungen genehmigt.

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.3 Schulgemeinden

Archiv-Nummer
10.06

2.3.1 Ausgangslage

Dieses Traktandum umfasst die Jahresrechnungen 2010 der ehemaligen Schulgemeinden

- Linthal
- Braunwald
- Rüti
- Haslen - Leuggelbach - Nidfurn
- Schwanden
- Mitlödi
- Sernftal

Den Kommentar zu den Jahresrechnungen siehe Seite 11.

2.3.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

2.3.2.1 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Linthal

2.3.2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Braunwald

2.3.2.3 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Rüti

2.3.2.4 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Haslen - Leuggelbach - Nidfurn

2.3.2.5 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Schwanden

2.3.2.6 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Mitlödi

2.3.2.7 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Schulgemeinde Sernftal

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.3 Schulgemeinden

Archiv-Nummer
10.06

Diskussion

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti erläutert dieses Geschäft und stellt die sieben Jahresrechnungen zur Diskussion. Stillschweigend werden die Jahresrechnungen genehmigt.

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.4 Tagwen in Linthal

Archiv-Nummer
10.06

2.4.1 Ausgangslage

Dieses Traktandum umfasst die Jahresrechnungen 2010 der ehemaligen Tagwen

- Linthal - Ennetlinth
- Linthal - Dorf
- Linthal - Matt

Den Kommentar zu den Jahresrechnungen siehe Seite 11.

2.4.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

2.4.2.1 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Tagwens Linthal - Ennetlinth

2.4.2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Tagwens Linthal - Dorf

2.4.2.3 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Tagwens Linthal - Matt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.4 Tagwen in Linthal

Archiv-Nummer
10.06

Diskussion

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti erläutert dieses Geschäft und stellt die drei Jahresrechnungen zur Diskussion. Stillschweigend werden die Jahresrechnungen genehmigt.

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.5 Weitere Rechnungen

Archiv-Nummer
10.06

2.5.1 Ausgangslage

Dieses Traktandum umfasst die weitere Jahresrechnungen 2010

- Elektrizitätswerk Schwanden (EWS)
- Elektrizitätsversorgung Luchsingen
- Elektrizitätswerk Linthal (EWL)
- Elektrizitätsversorgung Engi
- Elektrizitätswerk Matt
- Elektrizitätswerk Elm
- Notschlachthaus Betschwanden
- Alters- und Pflegeheim Schwanden
- Alters- und Pflegeheim Sernftal
- Alters- und Pflegeheim Linthal (Haus z.Heimat)
- Abwasserverband Sernftal
- Friedhofverwaltungen
- Stiftungen
- Kadaversammelstellen

Den Kommentar zu den Jahresrechnungen siehe Seite 11.

2.5.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

2.5.2.1 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Elektrizitätswerkes Schwanden
Genehmigung der Gewinnverteilung von Fr. 633'863.65
Fr. 600'000.- an die Gemeinde Glarus Süd
Fr. 33'863.65 Technischen Betriebe Glarus Süd; Gewinnvortrag auf die neue Rechnung

2.5.2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Elektrizitätsversorgung Luchsingen

2.5.2.3 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Elektrizitätswerkes Linthal

2.5.2.4 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 der Elektrizitätsversorgung Engi

2.5.2.5 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Elektrizitätswerkes Matt

2.5.2.6 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 des Elektrizitätswerkes Elm

2.5.2.7 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 Notschlachthaus Betschwanden

2.5.2.8 Genehmigung der Jahresrechung 2010 des Alters- und Pflegheimes Schwanden mit Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes

2.5.2.9 Genehmigung der Jahresrechung 2010 des Alters- und Pflegheimes Sernftal

2.5.2.10 Genehmigung der Jahresrechung 2010 des Alters- und Pflegheimes Linthal

2.5.2.11 Genehmigung der Jahresrechnung 2010 Abwasserverband Sernftal

2.5.2.12 Genehmigung der Jahresrechung 2010 der Friedhofverwaltungen

2.5.2.13 Genehmigung der Jahresrechnung der Stiftungen

2.5.2.14 Genehmigung der Jahresrechnung der Kadaversammelstellen

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

2. Genehmigung Jahresrechnungen 2010
2.5 Weitere Rechnungen

Archiv-Nummer
10.06

Diskussion

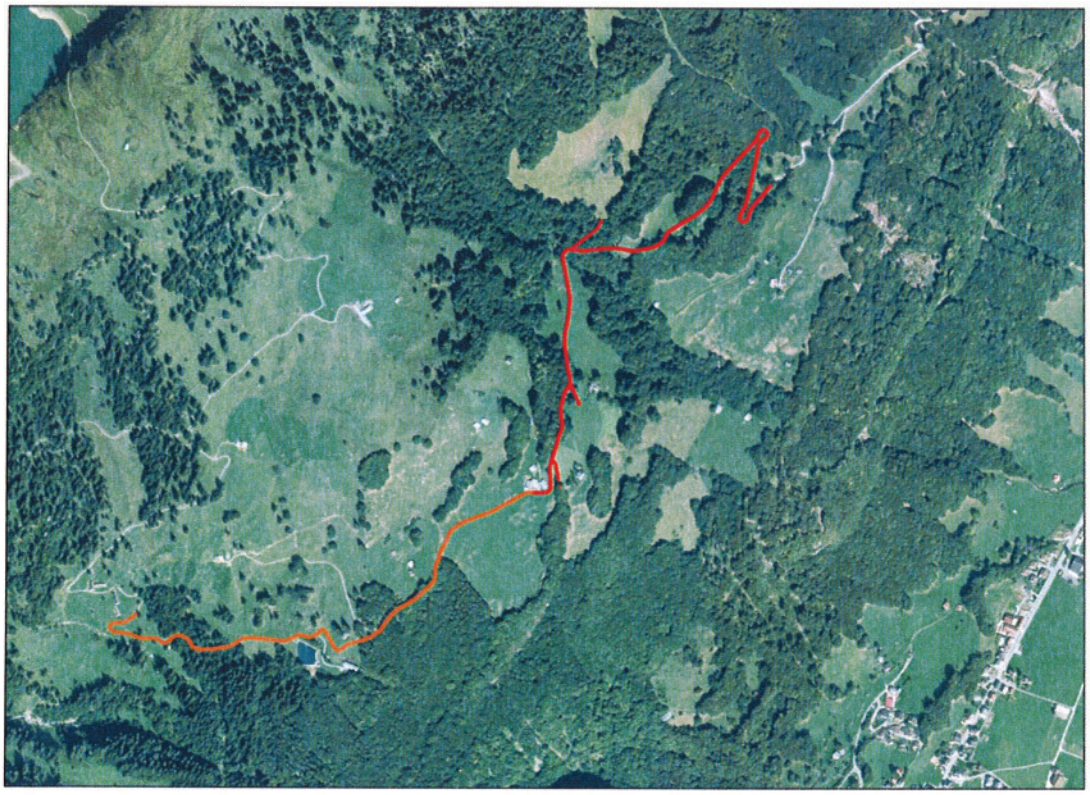
Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti erläutert dieses Geschäft und stellt diese Jahresrechnungen zur Diskussion. Stillschweigend werden die Jahresrechnungen genehmigt.

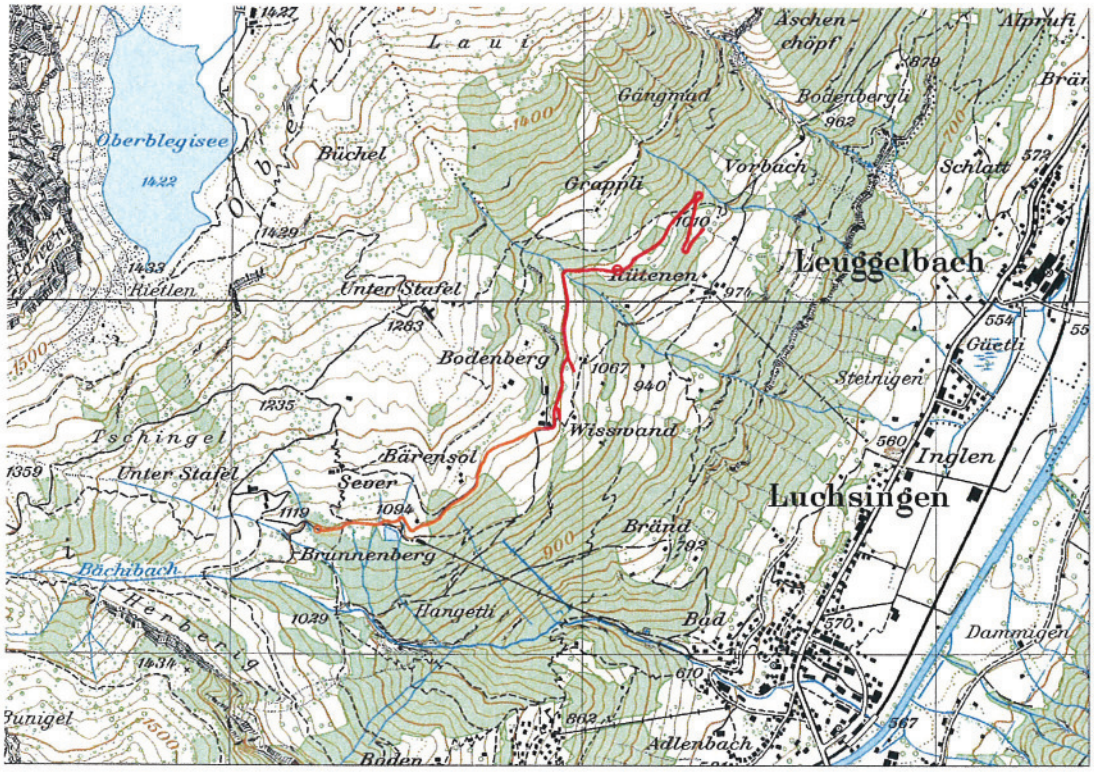
3. Neubau Waldstrasse Rütenen-Wysswand und Verbreiterung der anschliessenden Korporationsstrassen in Luchsingen - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio.

Archiv-Nummer
33.03

3.1 Ausgangslage

Mit einer neuen Strasse von 1.16 km Länge sollen die Alpen Bösbächi und Oberblegi sowie das Bergheimwesen Wysswand erschlossen werden. Die geplante Strasse (rot markiert) würde die bestehende Waldstrasse Schwändi-Leuggelen-Rütenen verlängern und bei der Wysswand enden. Hier schliesst die geplante Strasse an die bestehende Korporationsstrasse Brunnenberg-Geuti und Bösbächi-Oberblegi an. Diese soll zwischen Wysswand und dem Unterstafel Bösbächi ausgebaut und verstärkt werden (orange markiert).





3.2 Erwägungen des Gemeinderates

Die Betriebskonzession der Brunnenbergbahn, welche im Eigentum der technischen Betriebe Glarus (TBG) ist, läuft Ende dieses Jahres aus. Noch ist unklar, wie und in welchem Rahmen die Brunnenbergbahn künftig Personen- und/oder Materialtransporte vornimmt. Im Jahre 2023 endet die geltende Konzession für die Ausnützung der Wasserkraft des Bächibaches. Grundsätzlich sollte der Betrieb der Seilbahn bis zum Konzessionsende vertraglich gesichert sein.

Unabhängig, ob eine neue Brunnenbergbahn gebaut und/oder die Betriebskonzession verlängert wird, die beiden Alpen, welche zu den grössten Käsealpen des Kantons zählen sowie das Bergheimwesen Wysswand, welches ganzjährig bewohnt ist, sind ungenügend erschlossen. Der bestehende Viehtriebweg ist sehr schmal und gefährlich, insbesondere wenn das Vieh infolge Schneefalls vorzeitig von der Alp getrieben werden muss. Immer wieder kommt es zu Unfällen bei der Alpauf- und Abfahrt. Zudem gestaltet sich der Unterhalt der bestehenden Alpgebäude als umständlich und kostenaufwendig, da alles Material mit einem Helikopter transportiert werden muss.

Die vergangenen Jahre zeigen, dass es immer schwieriger wird, genügend Vieh für die Bestossung der Alpen zu finden. Dies, weil die Tierhalter vermehrt auf Alpen ausweichen, welche mit einer Strasse bis zum Unterstafel erschlossen sind.

Die Waldbewirtschaftung wurde aufgrund der langen Arbeitswege und des schwierigen Holzabtransportes in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Insbesondere in den Beständen mit besonderer Schutzfunktion könnte die Waldpflege künftig intensiviert werden.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die Strasse den Betrieb der Seilbahn Luchsingen–Brunnenberg nur geringfügig konkurrenziert. Dies, weil die Fahrbebewilligungspraxis wie bis anhin sehr restriktive gehandhabt wird und die Seilbahn im Winter weiterhin die alleinige Verbindung zum Bergheimwesen Wysswand darstellt.

Das Strassenprojekt sichert die längerfristige Nutzung der Alpen und Mähwiesen und somit den Erhalt der wertvollen Kulturlandschaft.
Die Attraktivität des Gebietes dürfte sich nach dem Bau der Strasse erhöhen. Es ist insbesondere davon auszugehen, dass die neue Waldstrasse vermehrt von Mountainbikefahrern genutzt wird. Hierzu ist zu sagen, dass sich die Wildstörungen in "Grenzen" halten, sofern sich die Mountainbikefahrer an die Strassen halten. Auch wenn die Fahrbewilligungen restriktive gehandhabt werden, ist mit einer Zunahme der Benützer mit motorisierten Fahrzeugen auszugehen. Dem wird mit der Aufrechterhaltung des Sonntagsfahrverbotes auf der Leuggelenstrasse und mit der Anbringung einer zweiten Barriere am Ende der heute bestehenden Waldstrasse Rechnung getragen.

3.3 Kosten / Finanzierung

Die Kosten der geplanten Waldstrasse sind in den Investitionen und im Finanzplan der Gemeinde Glarus Süd in den Jahren 2011 und 2012 enthalten.

Die Kosten für den Neubau (rot markiert) werden auf ca. Fr. 1.25 Mio. und die Kosten für die Verstärkung und die Verbreiterung (orange markiert) der bestehenden Korporationsstrasse auf ca. Fr. 250'000.- geschätzt. Die Gesamtkosten betragen somit rund Fr. 1.5 Mio. Bund und Kanton stellen Subventionen von ca. 60% in Aussicht, was rund Fr. 900'000.- entspricht.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates auf Gewährung eines Bruttokredits von Fr. 1.5 Mio. zum Neubau der Waldstrasse Rütenen-Wysswand und Verbreiterung der anschliessenden Korporationsstrassen.
Die Kosten für die geplante Waldstrasse sind im Investitionsbudget 2011 und im Finanzplan 2012 enthalten. Die GPK begrüsst die restriktive Handhabung der Fahrberechtigungen, damit die Strasse nicht übermässig belastet wird. Sie fordert den Gemeinderat auf, geeignete Massnahmen zu treffen, Fahrberechtigte an den Unterhaltskosten zu beteiligen, falls diese bei besonderen Ereignissen die Strasse aussergewöhnlich beanspruchen.

3.4 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

3.4.1 Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio. für den Neubau der Waldstrasse Rütenen-Wysswand und der Verbreiterung und Verstärkung der anschliessenden Korporationsstrassen. Subventionen von ca. 60% werden von Bund und Kanton in Aussicht gestellt.

3.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

3. Neubau Waldstrasse Rütenen-Wysswand und Verbreiterung der anschliessenden Korporationsstrassen in Luchsingen - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio.

Archiv-Nummer
33.03

Diskussion

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger erläutert dieses Traktandum. Ohne Wortmeldung wird diesem Geschäft stillschweigend zugestimmt.

4. Erneuerung Brunnenbergbahn in Luchsingen - Kompetenzerteilung an Gemeinderat zur Sprechung eines einmaligen Beitrages von Fr. 250'000.- bis max. Fr. 500'000.-

Archiv-Nummer
36.10

4.1 Ausgangslage

Die Brunnenbergbahn Luchsingen erschliesst das Bergheimwesen Wysswand und die Alpen Bösbächi und Oberblegi. Eigentümerin und Betreiberin dieser Bahn sind die Technischen Betriebe Glarus (TBG). Die Kontrollstelle des Interkantonalen Konkordats für Seilbahnen und Skilifte (IKSS) unterzog die Bahn einer Prüfung, welche ergab, dass zwar die Mechanik noch in Ordnung ist, die Betonfundamente jedoch grosse Risse aufweisen. Dennoch hat die IKSS am 28.01.2011 eine letztmalige Verlängerung der Betriebsbewilligung bis zum 31.12.2011 ohne technische Auflagen erteilt; dies jedoch nur, da ein Neubauprojekt bereits gestartet wurde. Der Zeitplan zur Erneuerung der Bahn sieht vor, dass der Betrieb der jetzigen Bahn bereits im August 2011 eingestellt wird und die Sanierungsarbeiten beginnen. Ohne Erneuerung müsste der Bahnbetrieb am 31.12.2011 eingestellt werden.
Eine Werkbahn deckt die Bedürfnisse der TBG ab, die Kosten dafür belaufen sich auf rund Fr. 1.9 Mio. Für eine Zweigondelbahn, mit einer Transportkapazität von 8 Personen (analog der Aeugstenbahn), ist mit Kosten von rund Fr. 2.5 Mio. zu rechnen. Der Verwaltungsrat der TBG ist nicht bereit, diese Mehrkosten zu tragen. Damit die Erschliessung des Bergheimwesens Wysswand und die touristische Nutzung sicher gestellt werden kann, stellt sich die Frage der Mehrkostenübernahme nun für die Gemeinde Glarus Süd und den Kanton.

Vorgespräche mit dem Kanton lassen aufgrund des hohen landwirtschaftlichen und touristischen Nutzens darauf schliessen, dass mit Beiträgen aus dem Tourismusfonds und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB) gerechnet werden darf. Der Kanton hat sich bei der Erneuerung der Tschinglen- und Aeugstenbahn mit je 15% an den Kosten beteiligt. Die Brunnenbergbahn hebt sich in Bezug auf die Besitzverhältnisse und dem Einsatzfeld insofern von der Tschinglen- und Aeugstenbahn ab, dass sie im Eigentum einer Unternehmung steht und nicht ausschliesslich touristisch genutzt wird, sondern auch einen Bestandteil der betrieblichen Versorgung der TBG darstellt.

4.2 Kosten / Finanzierung

Die genauen Zahlen liegen noch nicht vor. Vorsondierungen mit Stiftungen und ähnlichen Institutionen sowie dem Kanton haben ergeben, dass mit à fonds perdu Beiträgen gerechnet werden darf.

4.3 Erwägungen

Die Notwendigkeit einer Personentransportbahn parallel zur Strasse Rütenen-Wysswand ist als Wintererschliessung für das Bergheimet Wysswand gegeben, die Waldstrasse kann im Winter nicht befahren werden und demzufolge stellt die Bahn in den Wintermonaten die einzige Verbindung zum Tal dar.
Neben dem hohen Nutzen für Land- und Alpwirtschaft ermöglicht die Bahn den Zugang zu einem bedeutenden Naherholungsgebiet für Wanderer, Biker und Skitourenläufer. Die Bahn schliesst den Kreis von Braunwald-Oberblegisee in idealer Weise ab. Aufgrund einer restriktiven Handhabung bei der Vergabe von Fahrbewilligungen, dürfte der Einfluss der Strasse auf die Frequentierung der Bahn eher gering sein.

Die Verhandlungen sind noch nicht soweit gediehen, dass zu Handen der Gemeindeversammlung fundierte Zahlen und Fakten vorgelegt werden können. Aufgrund des engen Zeitplanes der TBG ist ein Zuwarten zu Handen einer nächsten Gemeindeversammlung nicht möglich. Deshalb ist es erforderlich, dass der Gemeinderat verhandeln und entscheiden kann. Mit der Erteilung der Kompetenz an den Gemeinderat durch die Gemeindeversammlung kann diesem Umstand begegnet werden. Die Kompetenzerteilung umfasst die Sprechung eines einmaligen Beitrages an die Erneuerung der Brunnenbergbahn im Rahmen von Fr. 250'000.- bis max. Fr. 500'000.- . In diesen Verhandlungen strebt der Gemeinderat die Regelung folgender Punkte an:

a) Der Betrieb und die Betriebsunterhaltskosten gehen zu Lasten der TBG; dies auch nach der Erneuerung der Konzessionen im Jahr 2023
b) Der Strom soll zu Vorzugspreisen, in gleicher Form wie bis anhin, zur Verfügung stehen und die TBG bezahlen die jeweils üblichen Wasserzinsen
c) Glarus Süd als Standortgemeinde wird im Gegenzug die Erneuerung der Konzession wie gehabt ohne Heimfallklausel befürworten
d) Es ist zu prüfen, ob die TBG für den Abtransport der Energie, die neu zu erstellende Leitung Fätschbach-Schwanden benützen kann, was den Rückbau der heute bestehenden Freileitung ermöglichen würde
e) Mitspracherecht bei Fahrplan- und Fahrkostenfestlegung

An einer Besprechung Ende März dieses Jahres signalisierten die TBG, dass sie diesen Anliegen offen gegenüber stehen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates auf Kompetenzerteilung zur Sprechung eines einmaligen Beitrages an die Erneuerung der Brunnenbergbahn im Kostenrahmen von Fr. 250'000.00 bis max. Fr. 500'000.00. Aus den genannten Gründen war es dem Gemeinderat nicht möglich, diesen Betrag ins Budget 2011 einzustellen. Die Notwendigkeit ist durch die Wintererschliessung für das Bergheimet Wysswand wie auch für die touristische Nutzung gegeben. Die GPK ersucht den Gemeinderat, die erforderlichen Verhandlungen wie unter a) bis e) erwähnt, zugunsten der Gemeinde zu führen und insbesondere Beitragsgesuche an geeignete Institutionen zu stellen.

4.4 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

Infolge des engen Zeitrahmens der TBG im Zusammenhang mit der Erneuerung der Brunnenbergbahn beantragt der Gemeinderat, der nachfolgenden Kompetenzerteilung zuzustimmen:

4.4.1 Kompetenzerteilung der Gemeindeversammlung an den Gemeinderat zur Sprechung eines einmaligen Beitrages an die Erneuerung der Brunnenbergbahn mit Personentransport im Rahmen von Fr. 250'000.- bis maximal Fr. 500'000.- und im Sinne der obigen Ausführungen zu verhandeln.

4.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

4. Erneuerung Brunnenbergbahn in Luchsingen - Kompetenzerteilung an Gemeinderat zur Sprechung eines einmaligen Beitrages von Fr. 250'000.- bis max. Fr. 500'000.-

Archiv-Nummer
36.10

Diskussion

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti informiert die Stimmberechtigten ausführlich zu diesem Geschäft. Diese Vorlage und die Vorlage des Neubaus der Waldstrasse Rütenen-Wysswand wird den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bewusst zusammen zur Abstimmung vorgelegt, um ihnen die Gelegenheit zu bieten, über beide Varianten entscheiden und abwägen zu können. Zudem möchte mit dieser Kompetenzerteilung an den Gemeinderat ein dringlicher Beschluss anstelle der Stimmberechtigten (Kästlibeschluss) vermieden werden. Der Gemeindepräsident erwähnt den engen Zeitrahmen der TBG im Zusammenhang mit der Erneuerung der Brunnenbergbahn.

Ohne Wortmeldungen wird dieser Vorlage stillschweigend zugestimmt.

5. Sanierung und Ausbau der Gufelstockstrasse Engi - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 3.025 Mio.

Archiv-Nummer
33.03

5.1. Ausgangslage

Die Gufelstockstrasse erschliesst den südexponierten Hang des Gufelstockes oberhalb des Dorfes Engi bis auf eine Höhe von ca. 1'300 m.ü.M. Sie dient im unteren Teil als Erschliessung von zahlreichen Wohn- und Ferienhäusern sowie landwirtschaftlichen Betrieben und im oberen Teil stehen vor allem forst- und alpwirtschaftliche Interessen im Vordergrund.
Seit dem Bau der Waldstrasse „Salenstutz - Üeblital" in den Jahren 1990/91 erfolgt die Erschliessung des ganzen Mühlebachtales ebenfalls über die Gufelstockstrasse. Im Mühlebachtal befinden sich ausgedehnte Waldungen und Alpen und seit dem Jahr 2008 auch die neu erstellte Wasserfassung des Kraftwerkes am Mühlebach.
Das Befahren der Gufelstockstrasse mit schweren Fahrzeugen (Lastwagen etc.) ist heute nur mit beträchtlichen Einschränkungen möglich. Einerseits verhindern im "Holderbergli" und im Bereich "Kleingädeli" sehr enge Stellen mit ungenügender Kurvengeometrie eine problemlose Durchfahrt, andererseits weist die Strasse praktisch auf der ganzen Länge im Belag Spurrinnen und Längsrisse auf. Dies lässt auf eine ungenügende Tragfähigkeit des bestehenden Strassenaufbaues schliessen, was mittels Kernbohrungen und Analysen zum Stärkeindex detailliert nachgewiesen ist.
An drei Stellen führen langsam verlaufende Rutschungsprozesse/Kriechbewegungen zu Setzungen in der talseitigen Fahrspur resp. zu Senkungen im Längenprofil der Strasse.
Weiter weist die Gufelstockstrasse eine Vielzahl von tal- und bergseitigen Stützmauern auf. Im Abschnitt "Sööliberg - Kleingädeli" - Abzweiger „Unter Gufel" wurden an verschiedenen Stellen bergseitig unarmierte Betonstützmauern gebaut. Diese Betonstützmauern zerfallen zunehmend und müssen dringend ersetzt werden.
Die Gufelstockstrasse genügt nach 60 - 80 Jahren (im unteren Teil noch älter) seit der Erstellung den Bedürfnissen der heutigen Fahrzeuge und Transporte nicht mehr und zahlreiche Bauwerke, insbesondere Belag und Kunstbauten, sind am Ende ihrer Lebensdauer angelangt. Eine Sanierung der Gufelstockstrasse drängt sich auf.

5.2 Projektierte Sanierung

Die vorgesehene Sanierung basiert auf dem Grundprinzip: Einseitige Verbreiterung der Fahrbahn in Kombination mit einer Oberbauverstärkung. Folgendes Normalprofil kommt zur Anwendung:

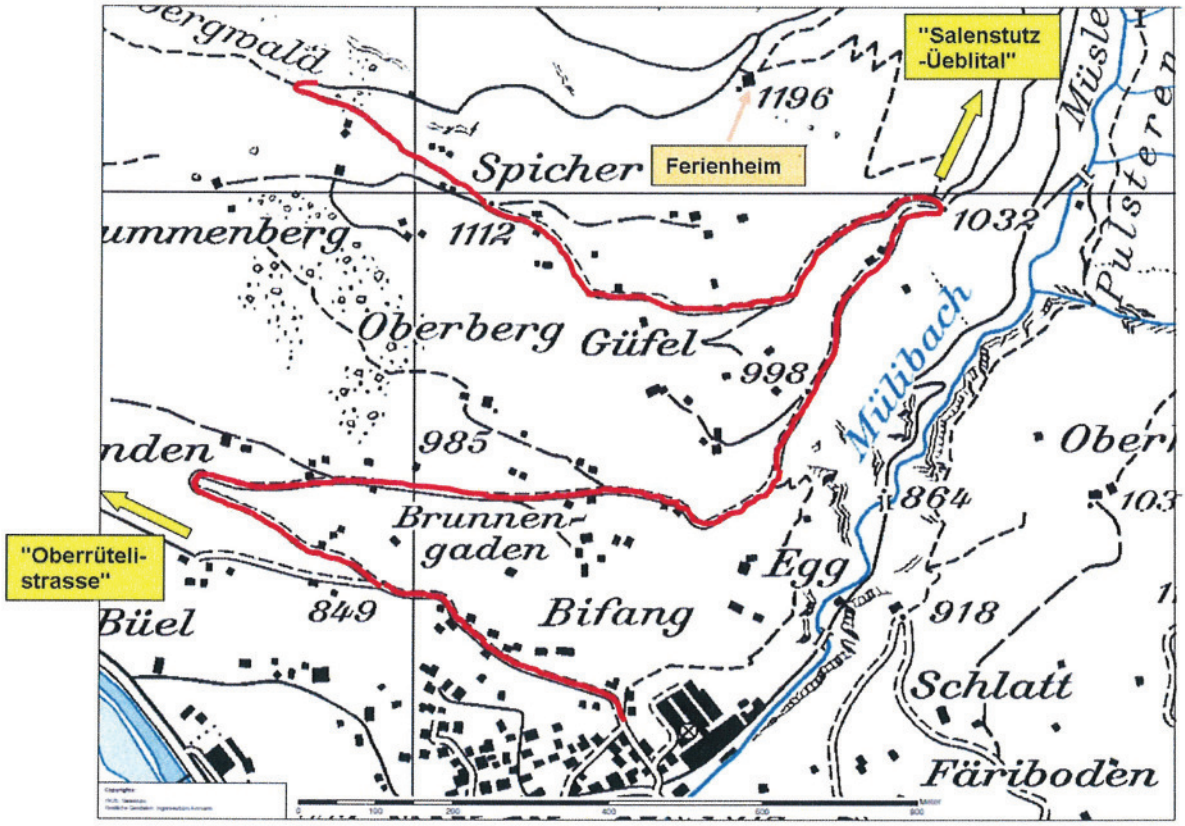
- Kofferverbreiterung auf 3.2 m (in Kurven mit den entsprechenden Verbreiterungen)
- Fahrbahnverbreiterung auf 3.0 m (Belag)
- Oberbauverstärkung mit HMT ACT 16 L Tb; Stärke 70 mm

Die Linienführung der Strasse wird grundsätzlich nicht verändert. Einzig im "Holderbergli" und im Abschnitt "Kleingädeli" wird die Linienführung optimiert, damit die engen Kurven eliminiert werden können.
Müssen Stützmauern ersetzt werden, werden Mauern aus Blocksteinen mit Beton erstellt. Der Beton in den Fugenzwischenlagen ist leicht zurückversetzt und nicht sichtbar.

An drei Senkungs- bzw. Rutschungsstellen wird der talseitige Strassenrand mit einer Stützkonstruktion (System Ribbert) gesichert. Die Stützkonstruktion ist auf bis zu 7.0 m langen, vertikalen Mikropfählen fundiert. Die Mikropfähle werden mit bis zu 7.0 m langen Verankerungslanzen bergwärts zurück gebunden.
Beim Antreffen von Hangwasser oder von vernässtem Baugrund ist der Einbau von Längssickerleitungen bergwärts der Strasse vorgesehen. Die Fundamente der neu zu erstellenden bergseitigen Blocksteinmauern werden ebenfalls mit einer Sickerleitung entwässert. In regelmässigen Abständen werden Kontroll- resp. Einlaufschächte gesetzt, um das Oberflächenwasser der Strasse zu sammeln. Nach dem Ausbau wird man durch die Sickerleitungen und die Einlaufschächte einen konzentrierteren Wasseranfall haben als heute. Auf Grund der Steilheit des Geländes, der Geologie und der Gefahr von Rutschungen/Hangmuren kann das gesammelte Wasser nicht einfach in die unterliegenden Parzellen entlassen werden. Deshalb ist geplant, das gesammelte Wasser verteilt an drei Punkten in bestehende Abflüsse zu entlassen.
Abgesprochenes Vorgehen mit dem Verfasser der Generellen Entwässerungsplanung GEP:

- in die Ableitung für das Überwasser des Reservoir Bergen
- in die Meteorwasserleitung am Projektanfang
- ins Büelbächli im Hugetenrain

Hierbei gilt es zu beachten, dass das Büelbächli in Richtung Sernf eingedohlt ist und das vorhandene Schluckvermögen ungenügend ist. Diese Problematik wird durch die projektierte Sanierung der Gufelstockstrasse verschärft und bedingt zusätzliche Abklärungen.



Projektperimeter: Länge: 2'999.3 m

5.3 Kosten / Finanzierung

Die Kosten für die projektierte Sanierung belaufen sich auf total Fr. 3.025 Mio. mit einer totalen Sanierungslänge von 2'999.3 m; Kosten pro Laufmeter Fr./m 1'008.57. Diese Kosten verstehen sich inkl. Projektierung und Bauleitung, Grundstück und Baunebenkosten (Gebühren, Vermarkung, Landerwerb). Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf 8.0% ist bereits berücksichtigt. Bund und Kanton unterstützten das Projekt mit Subventionen von ca. 60%.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Antrag zur Sanierung und Ausbau der Gufelstockstrasse durch Gewährung eines Bruttokredits von Fr. 3'025 Mio. Die Kosten sind im Investitionsbudget 2011 sowie im Finanzplan der Folgejahre grösstenteils enthalten. Wie der Gemeinderat ausführt, drängt sich eine Sanierung der Gufelstockstrasse auf. Die GPK begrüsst die Etappierung dieses Projekts verteilt auf die nächsten sieben Jahre. Die Einstellung im Finanzplan 2012 bis 2017 ist entsprechend anzupassen.

5.4 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

5.4.1 Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 3.025 Mio für die Sanierung und den Ausbau der Gufelstockstrasse in Engi. Subventionen von ca. 60% werden von Bund und Kanton in Aussicht gestellt.

5.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

5. Sanierung und Ausbau der Gufelstockstrasse Engi - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 3.025 Mio.

Archiv-Nummer
33.03

Diskussion

Gemeinderat Kaspar Luchsinger erläutert dieses Geschäft. Er ergänzt die Ausgangslage dahingehend, dass kein Landerwerb für die Strasse durch die Gemeinde erfolgen wird, sondern entsprechende Dienstbarkeitsverträge ausgearbeitet werden sollen.

Wortmeldung Jürg Stadler, Engi: Als Engeler fühlt er sich mit dem von Kaspar Luchsinger in den Ausführungen erwähnten Fahrverbot überrumpelt. An einer GV in Engi wurde ein Fahrverbot zurückgewiesen und heute werde es "hineingeschmuggelt". Er ist nicht bereit sich mit höheren Einschränkungen als Steuerzahler daran zu beteiligen, wenn die Strasse im Auftrag der Gemeinde durch Holztransporte kaputt gemacht wird. Jürg Stadler beantragt **Rückweisung** dieses Geschäftes.

Gemeinderat Kaspar Luchsinger: Zeigt sich erstaunt, er geht oft ins Mühlibachtal und erklärt, dass beim Salenstutz bereits heute ein Fahrverbot mit Zusatz "Fahrberechtigung mit Bewilligung des Gemeinderates" vorhanden ist.

Die Abstimmung auf Rückweisung dieses Geschäftes erhält keine Mehrheit. Somit stimmt die Gemeindeversammlung dem Bruttokreditbegehren von Fr. 3.025 Mio. für die Sanierung und den Ausbau der Gufelstockstrasse in Engi zu.

6. Projekt Turnhalle Linthal - Antrag auf Gewährung eines Projektierungskredites für eine 1-fach- oder 2-fach Halle

Archiv-Nummer 28.03

6.1 Ausgangslage

Der Gemeinderat Glarus Süd hat die Pendenz bzw. das Bedürfnis einer Turn- oder Sporthalle in Linthal übernommen. Die vorhandene Kostenschätzung für eine 2-fach Turnhalle des Architekturbüros Spörri Thommen aus Zürich stammt aus dem Jahr 2007 und belief sich auf Fr. 6'155'000.-. Als neuer Verantwortungsträger hat der Gemeinderat im Februar 2011 das Architekturbüro beauftragt, die Kostenschätzung für die 2-fach Turnhalle zu überarbeiten und zudem ein Projekt samt Kostenschätzung für eine 1-fach Turnhalle zu erarbeiten.
Die neuen Zahlen präsentieren sich wie folgt:

1-fach Turnhalle:	Gesamtkosten Fr. 5'488'000.00 (inkl. MWSt.)
2-fach Turnhalle:	Gesamtkosten Fr. 7'460'000.00 (inkl. MWSt.)

Die neu vorliegende Kostenschätzung für eine 2-fach Halle liegt heute rund Fr. 1.3 Mio. höher als im 2007. Dies kann wie folgt begründet werden:

- Die Kosten für den Abbruch der alten Turnhalle wurden nicht mitberücksichtigt
- Das Projekt aus dem Jahr 2007 beinhaltete keine Kostenreserven
- Im Projekt aus dem Jahr 2007 waren die Kosten eines Blitzschutzes nicht eingerechnet
- höhere Baukosten infolge Teuerung

Der Zustand der bestehenden Turnhalle kann seit mehreren Jahren als schlecht bezeichnet werden. Diese Aussage trifft für den Innenbereich der Halle wie auch für die Aussenhülle zu. Aus sicherheitstechnischen Aspekten mussten im Turnbereich Geräte entfernt werden und die bauliche Substanz ist soweit geschwächt, dass im Winter bei höheren Schneelasten, das Dach abgeschöpft werden musste.
Nach lange andauernden zeitlichen Verzögerungen ist es dringend erforderlich, den Hallenneubau voranzutreiben und einen Entscheid der Stimmberechtigten für das weitere Planen einzuholen.

Die Vorarbeiten in Linthal haben sich aus unterschiedlichen Gründen auf eine 2-fach Halle ausgerichtet. Einerseits wollte man im südlichen Glarnerland eine Halle mit einer Grösse realisieren, die Turniererfordernisse unterschiedlicher Sportarten erfüllt. Andererseits hätten damit auch zusätzliche Bedürfnisse von Seiten Tourismus und den turnenden Vereinen abgedeckt werden können.

6.2 Kosten

Die Projektierungskosten für eine 1-fach Halle betragen Fr. 306'000.-
Die Projektierungskosten für eine 2-fach Halle betragen Fr. 394'000.-

Der dannzumal zu erwartende Beitrag des Kantons ist unabhängig von der Grösse der Halle. Er liegt bei beiden Varianten in der Höhe von ca. Fr. 760'000.-

6.3 Erwägungen

Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dem vorgesehenen Hallenneubau in Linthal beschäftigt und sich nach vorliegen der Kostenschätzung für die Weiterverfolgung einer 1-fach Halle ausgesprochen. Hierbei zog er in Betracht, dass eine 1-fach Halle die Bedürfnisse der Schule genügend abdeckt. Zudem steht in Rüti eine Turnhalle zur Verfügung, die vor allem sportliche Interessen an den Abenden abdeckt und über eine gute Infrastruktur für Unterhaltungsanlässe verfügt. Im Weiteren sind neben den Investitionskosten auch die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten einzubeziehen. Beim Bau einer 1-fach Halle würden die bisherigen Kosten nicht überschritten.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Antrag auf Gewährung eines Projektierungskredits von Fr. 306'000.00 einer 1-fach Halle. Das Bedürfnis eines Turnhallenneubaus drängt sich in Linthal schon seit einigen Jahren auf und ist völlig unbestritten. Der Kanton leistet an einen Neubau aufgrund der alten Rechtslage noch einen Beitrag von Fr. 760'000.00. Die GPK betont, dass dieses Bauvorhaben für unsere Gemeinde eine grosse finanzielle Last mit sich bringen wird. Die vorgesehenen Nettokosten für den Neubau einer 1-fach Halle betragen Fr. 4'728 Mio. Diese Investition einer 1-fach Halle wird mehr als die Hälfte einer jährlichen Investitionssumme, welche bei rund Fr. 7 Mio. liegt, benötigen. Im Jahr der Realisierung wird deshalb eine sehr tiefe Selbstfinanzierung erreicht werden, was zu einer erheblichen Vermögensabnahme führen wird.

6.4 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

6.4.1 Gewährung eines Projektierungskredites von Fr. 306'000.- für eine 1-fach Halle in Linthal.

6.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

6. Projekt Turnhalle Linthal - Antrag auf Gewährung eines Projektierungskredites für eine 1-fach- oder 2-fach Halle

Archiv-Nummer 28.03

Diskussion

Gemeinderat Kaspar Luchsinger führt die Erläuterungen zu diesem Geschäft aus.

Wortmeldung Jakob Etter, Mitlödi: Beantragt einen Projektierungskredit von Fr. 350'000.- für eine Doppelturnhalle mit der Begründung, dass seine Berechnungen gemäss SIA-Normen automatisch Fr. 350'000.- ergeben. Zudem ist er überzeugt, dass eine Doppelturnhalle nicht soviel kosten wird, wie hier prognostiziert. Er blendet in der Geschichte der Doppelturnhalle zurück. Die Schul- wie auch die Ortsgemeinde in Linthal haben dem Bau einer Doppelturnhalle einstimmig zugestimmt. Der Bau kam infolge bevorstehender Gemeindefusion nicht mehr zu Stande, weil der Regierungsrat dieses Vorhaben gestoppt hat. Dies obwohl die Projektleitung und der Lenkungsausschuss sich für dieses Vorhaben ausgesprochen haben. Gemäss seinen Berechnungen käme heute die Doppelturnhalle nur ca. Fr. 1.3 Mio. teurer und nicht wie im Memorial beschrieben Fr. 2. Mio. Er ist überzeugt, mit der Einsetzung einer Baukommission, die sich nicht nur im öffentlichen Bauwesen, sondern auch im privaten Bauwesen auskennt sowie Vereinsvertretern, im erwähnten Kostenrahmen zu bleiben.
Es ist unbestritten, dass die jetzige Turnhalle baufällig ist und eine Aufschiebung oder Rückweisung fatal wäre. Zudem beteiligt sich der Kanton mit Fr. 800'000.- an den Kosten und nicht wie im Memorial aufgeführt mit Fr. 760'000.--. Die Beteiligung des Kantons ist aber nur noch bis ins Jahr 2013 gesichert. In Bezug auf die Finanzierung ist er sich bewusst, dass Glarus Süd ein Investitionsvolumen von 7 Mio. pro Jahr anstrebt und dies mit dem Hallenneubau ausgeschöpft wird. Er macht beliebt, gemeindeeigene, für die Gemeinde nicht mehr benötigte Liegenschaften, zu verkaufen und dadurch weitere Investitionen zu ermöglichen. Die Unterhaltskosten für eine Doppelturnhalle wären sicher höher, aber nicht doppelt so hoch. Vielmehr ist mit gesteigerten Einnahmen zu rechnen. Grosse Festivitäten können durchgeführt werden. Jakob Etter sieht den Bedarf einer Doppelturnhalle für den Schulstandort in Linthal und als Ergänzung zu der bisher einzigen Doppelturnhalle in Schwanden. Er möchte die Jungen in der Region behalten, dazu kann eine gute Sportinfrastruktur beitragen. Er sieht im Bau der Doppelturnhalle und der MZH in Rüti sowie dem Bebie-Areal ein wertvolles Ensemble ohne Konkurrenz. Heute baut man keine Einfachhallen mehr, später würde es uns reuen. Die Stimmberechtigten sollen die Chance packen und dem Vorhaben Doppelturnhalle zustimmen.

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger: Mit dem Verkauf von gemeindeeigenen Liegenschaften wird Glarus Süd nicht "reicher", die Objekte sind bilanziert und teilweise mit Hypotheken belastet. Der Gemeinderat glaubt an einen Aufschwung, aber in Betracht der Schülerzahlen ist eindeutig ein Rückgang zu verzeichnen. Heute werden bis 36 Turnstunden pro Woche abgehalten. Mittel- bis langfristig werden es noch bis 24 Turnstunden pro Woche sein. Würde heute der Schlüssel in der Turnhalle Linthal gedreht, könnten sämtliche Turnstunden in Rüti aufgefangen werden. Die geplante 1-fach Halle wird grösser als die Jetzige. Die Fr. 2 Mio. Mehrkosten können nicht aus der Welt geschafft werden und auf das Argument von grossen Festivitäten eingehend, macht er auf die Möglichkeit der Zumietung von grossen Festzelten aufmerksam.

Wortmeldung Josef Fischli, Haslen: Schliesst sich dem Votum von Jakob Etter an. Er orientiert, wie es in Haslen war, als Herr Kuhn vor 30 Jahren den Antrag für einen

Hallenbau stellte. Heute ist Haslen sehr froh um diese Halle und sie ist sehr gut ausgelastet. Er wünscht sich Einsatz für eine 2-fach Halle, eine Zeichensetzung für unsere Jungen. Er wäre bereit, Einsitz in eine Baukommission zu nehmen und mit zu arbeiten. In Bezug auf die Finanzierung müsste man die Patenschaft für Berggemeinden und weitere Institutionen angehen. Nach dem Mut zur Fusion ruft er die Versammlung dazu auf, auch Mut zur Sporthalle zu beweisen.

Wortmeldung This Vögeli, Rüti, GPK-Mitglied: Beantragt im Namen der GPK die Unterstützung einer 1-fach Halle. Glarus Süd muss mit einem engen finanziellen Korsett auskommen, derzeit liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei 25% (siehe Rechnungsablage). Das Bestreben des GR ist die Erreichung eines Selbstfinanzierungsgrades von bis 45%. Die Kostenberechnungen der 2-fach Halle zeigen 7 Mio. und wahrscheinlich wird sie auch 7 Mio. kosten und somit sind die Investitionen im kommenden Jahr aufgebraucht; das können wir uns nicht leisten. Die Gemeinde muss investieren können, dass die Infrastrukturen nicht vergammeln. Insgesamt sind in Glarus Süd 11 (Einfachhallen) + 3 (Zweifachhalle Schwanden) = 14 Turnhallenfelder vorhanden. Über Flop oder Top der Auslastung entscheiden nebst der Schule auch die Vereine. Vor Jahren blühende Vereine existieren heute nicht mehr, das ist eine Zeiterscheinung. Er erinnert sich daran, als der FC Glarus in die Nati B aufstieg. Kostenintensive Anpassungen wie Beleuchtung etc. mussten auf dem Spielfeld vorgenommen werden, heute hört man vom FC Glarus praktisch nichts mehr und das "Alte" würde genügen. Zudem sieht er im Bau einer 2-fach Halle keine Wertschöpfung.

Wortmeldung Martin Hug, CVP-Parteipräsident: Für ihn stellt sich die Frage 2-fach Halle oder nichts - Er stellt aber keinen Antrag.

Wortmeldung Florian Weber, Haslen: Stellt in Anlehnung an das Votum von Martin Hug den Antrag: 2-fach Halle oder gar keine Halle. Dr. Thomas Hefti meint dazu "Dopplet oder nüt".

Departementsvorsteherin Brigitte Weibel: Theoretisch wäre es möglich, das Turnen in Rüti durchzuführen, die Umsetzung gestaltet sich aber als schwierig und der Transporte wegen als teuer. Die Schülerzahlen sinken seit Jahren. Derzeit werden 33-36 Turnstunden pro Woche abgehalten, die Zukunft sieht noch 21-24 Turnlektionen vor. Auch weitere Zusammenlegungen von Schulen bringt keine Verbesserung. Eine Trendwende ist nicht absehbar, falls es nicht gelingt, Arbeitsplätze zu schaffen und junge Familien mit Kindern in Glarus Süd anzusiedeln. Immer weniger Schüler bedeutet auch immer weniger Nachwuchs in den Vereinen. Die ältere Generation ist nicht Zielpublikum für eine Doppelturnhalle, das liegt auf der Hand. Mehr Grundfläche bedeutet auch mehr Stellenprozente und eine Verteuerung in diesem Bereich. Die Tarifansätze im Turnhallenreglement sind sehr moderat und sind nicht kostendeckend. Zudem ist zu bedenken, ob eine Doppelturnhalle am Rande einer Gemeinde aus ökologischer Sicht sinnvoll ist. Sicher ist, dass unsere Mobilität nicht unbegrenzt wachsen kann; Stichwort Erdöl und Elektrizität. Mit diesen Argumentation plädiert sie dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Wortmeldung Hanspeter Toggenburger, Linthal, GPK-Mitglied: Beantragt, den Antrag von Florian Weber, Haslen, 2-fach Halle oder keine Halle, abzulehnen. Es ist unbedingt zu verhindern, dass keine Halle gebaut wird.

Wortmeldung Köbi Schiesser, Linthal: Berichtigt die Aussage in einem SO-Zeitungsbericht. Die Turnhalle Linthal ist 58 Jahre alt, er war bei der Einweihung im Jahre 1953 als 8jähriger dabei.

Wortmeldung Röbi Marti, Linthal: Der damalige Gemeinderat und Schulrat in Linthal war in der Erarbeitung des Turnhallenneubaus in engem Kontakt und miteinander kamen sie zum Entscheid, Bau einer 2-fach Halle. Er unterstützt den Antrag von Jakob Etter mit den Argumenten für die Kinder und für den Tourismus.

Gemeinderat Kaspar Luchsinger: Bezieht sich auf die Aussage, dass Private günstiger bauen als die Öffentliche Hand. Ihn würde hierbei interessieren, wer privat schon eine Turnhalle gebaut hat. Er verdeutlicht anhand visualisierter Grundrisspläne die Grösse einer 2-fach Halle, sie entspricht derselben von Schwanden.

Wortmeldung Vreni Reithebuch, Linthal: Bereits im 2008 hätte eine 1-fach Halle gebaut werden können, aber eine 2-fach Halle ist für den Sport nachhaltiger, z.B. Unihockey Grossfeld oder Handball. Es besteht die Möglichkeit, Vereine in diesem Bereich neu zu gründen. Die Schule war damals schon eher für eine 1-fach Halle. Die Finanzierung der 2-fach Halle war gesichert durch den Erhalt der Baustellenentschädiung Linthal 2015 von Fr. 1 Mio. und Fr. 1.2 Mio. der Tagwen in Linthal. Diese Beiträge finden sich im Eigenkapital von Glarus Süd wieder. Mit diesen Ausführungen unterstützt sie den Antrag von Jakob Etter.

Abstimmung: Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti erklärt das Abstimmungsprozedere:

Der Antrag 1-fach Halle wird der 2-fach Halle gegenübergestellt. Die obsiegende Hallenvariante wird in der zweiten Abstimmung dem Antrag "keine Halle" gegenübergestellt.

Die erste Abstimmung ergibt 309 Stimmen für eine 1-fach Halle gegenüber 224 Stimmen für eine 2-fach Halle.

In der zweiten Abstimmung wird die 1-fach Halle gegenüber gar keine Halle (Antrag Florian Weber) mit deutlichem Mehr angenommen.

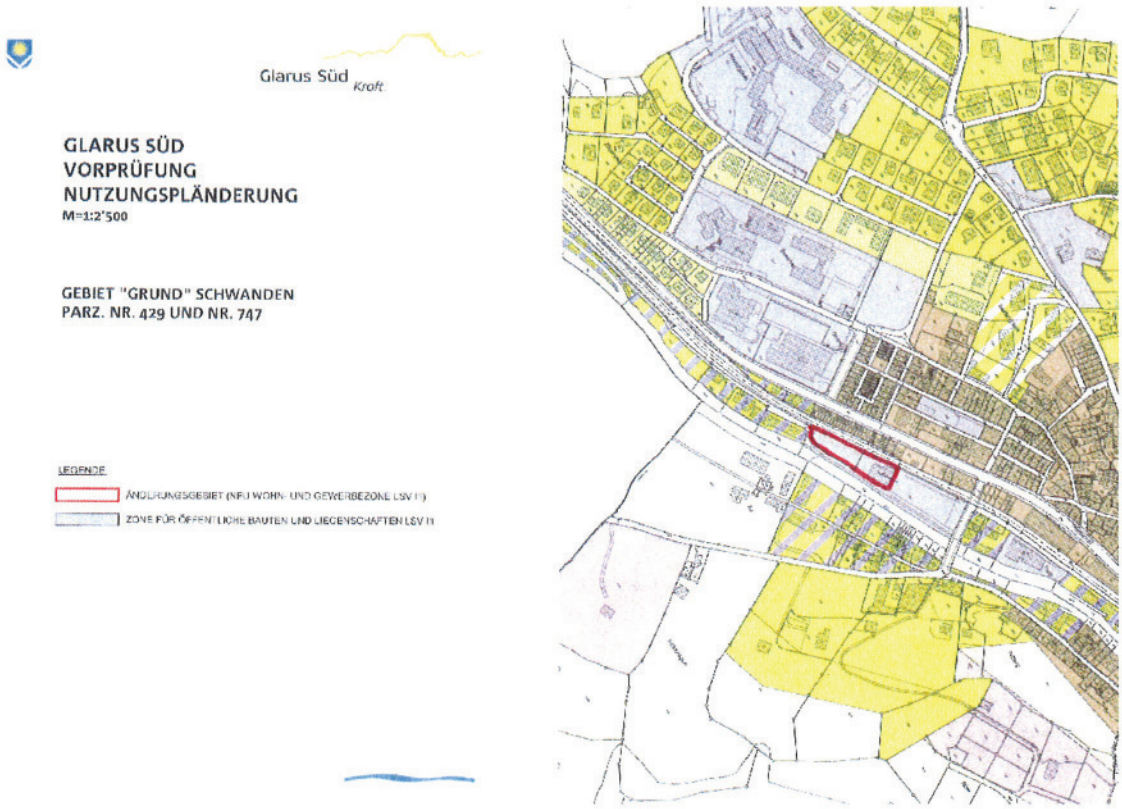
7. Um- und Teilumzonung in Schwanden Teilumzonung von 759 m² der Parz. Nr. 429 und Umzonung von 767 m² der Parz. Nr. 747 GB Schwanden

Archiv-Nummer
04.05.00

7.1 Ausgangslage

Für das Areal des alten Feuerwehrgebäudes in Schwanden ist ein Kaufinteressent vorhanden. Dieser Kaufinteressent beabsichtigt, das ehemalige Feuerwehrgebäude umzubauen oder einen Neubau für eine Gewerbeliegenschaft zu erstellen.

Unabhängig davon, ob ein Umbau oder ein Neubau realisiert wird, müssen die beiden Parzellen Nr. 429 (Teilumzonung) und Nr. 747 (gesamte Parzelle) GB Schwanden umgezont werden. Im Detail heisst das, dass von der Parzelle Nr. 429 ca. 759m2 und von der Parzelle Nr. 747 ca. 767m2 umgezont werden müssen. Beide Parzellen befinden sich aktuell in der Zone für öffentliche Bauten und Liegenschaften (LSV III) und sollen neu der Wohn- und Gewerbezone (LSV III) zugewiesen werden.
Als Grundlage für die weiteren Verhandlungen ist die Zuweisung des Areals des alten Feuerwehrgebäudes in die Zonenkonformität notwendig.
Die geplante Umzonung der Parzellen Nr. 429 und 747 wurde bereits im Amtsblatt mit einer 30-tägigen Auflagefrist publiziert. Während der Auflagefrist, welche am 09. April 2011 abgelaufen ist, ist keine Einsprache eingegangen.



Damit die Umzonung rechtskräftig abgeschlossen werden kann, ist die Zustimmung der Stimmbürger und in der Folge die Zustimmung des Regierungsrates erforderlich.

7.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

7.2.1 Teilumzonung von 759m2 der Parz. Nr. 429 und Umzonung von 767m2 der Parz. Nr. 747 GB Schwanden von der Zone für öffentliche Bauten und Liegenschaften (LSV III) in die Wohn- und Gewerbezone (LSV III).

7.2.2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD

VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

7. Um- und Teilumzonung in Schwanden Teilumzonung von 759 m² der Parz. Nr. 429 und Umzonung von 767 m² der Parz. Nr. 747 GB Schwanden

Archiv-Nummer
04.05.00

Diskussion

Das Wort zu diesem Geschäft wird nicht verlangt. Damit hat die Versammlung der Umzonung stillschweigend zugestimmt.

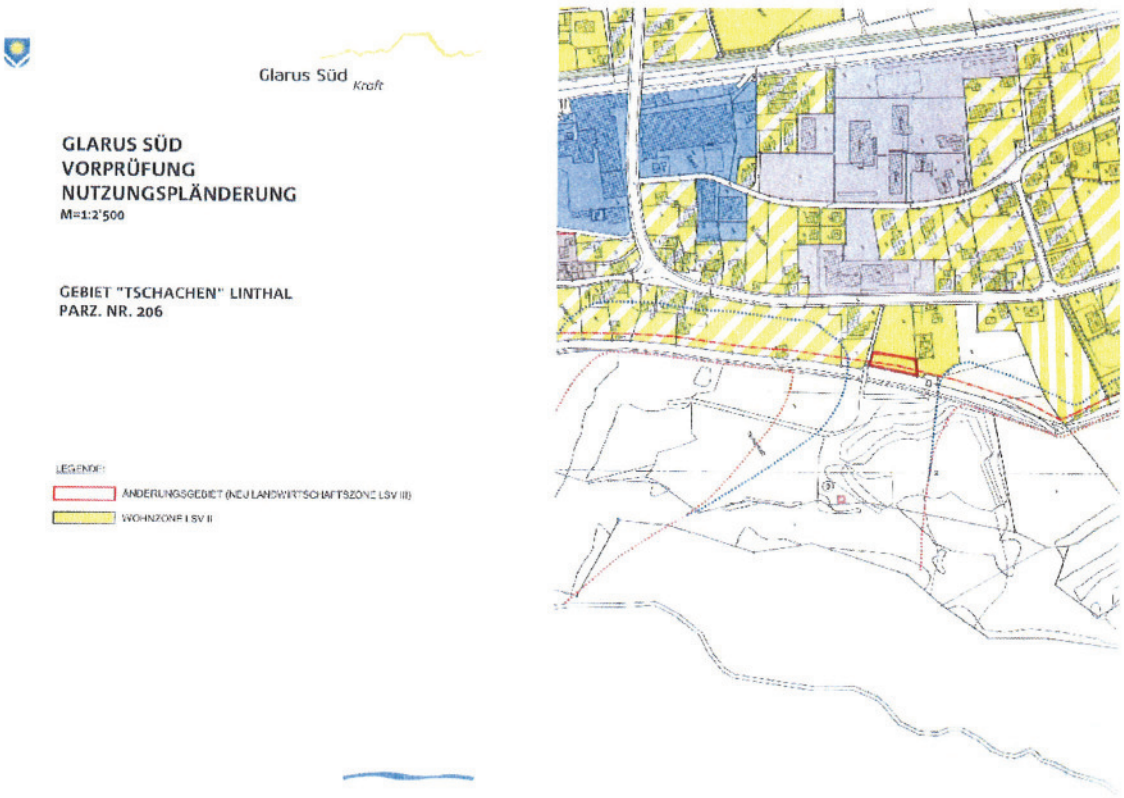
8. Teilumzonung in Linthal
Teilumzonung von 610 m² der Parz. Nr. 206 GB Linthal

Archiv-Nummer
04.05.00

8.1 Ausgangslage

Die Geschäftsleitung der Firma Ragotti & Weber Management AG in Netstal ist mit einem Umzonungsgesuch an die Gemeinde Glarus Süd herangetreten. Bei diesem Gesuch handelt es sich um die Parzelle Nr. 206 GB Linthal, welche sich in der Wohnzone (LSV II) befindet und in die Landwirtschaftszone (LSV III) umgezont werden soll.

Gemäss Schreiben beabsichtigt die Gesuchstellerin, in Netstal auf der Parzelle Nr. 1164, GB Netstal, einen Neubau zu realisieren, für den sie von der Parzelle Nr. 822, GB Netstal, ca. 610 m² Land, welches zurzeit in der Landwirtschaftszone liegt, umzonen müsste.
Als Kompensation zu den 610 m² Landwirtschaftsland von der Parzelle Nr. 822 GB Netstal, möchte die Firma Ragotti & Weber 610 m² von ihrem eigenen eingezonten Bauland auf der Parzelle Nr. 206, GB Linthal, in die Landwirtschaftszone umzonen.
Die Gesamtfläche der Parzelle Nr. 206 in Linthal beträgt heute 2'131 m². Nach Abzug der 610 m2 hat die eingezonte Fläche mit 1'521 m² immer noch eine Grösse, welche sinnvoll überbaut werden kann.



GeoShop Glarus Plot Massstab 1:2000



Die gewonnene Fläche von 610 m² in der Landwirtschaftszone ist auf Grund der topographischen Verhältnisse für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung geeignet und kann gut genutzt werden.

Die geplante Teilumzonung der Parzelle Nr. 206 GB Linthal wurde bereits im Amtsblatt mit einer 30-tägigen Auflagefrist publiziert.
Während der Auflagefrist, welche am09. April 2011 abgelaufen ist, ist keine Einsprache eingegangen.

Damit die Umzonung rechtskräftig abgeschlossen werden kann, ist die Zustimmung der Stimmbürger beider Gemeinden (Glarus und Glarus Süd) und in der Folge die Zustimmung des Regierungsrates erforderlich.

8.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung
auf Antrag des Gemeinderates

8.2.1 Teilumzonung von 610 m² der Parz. Nr. 206 GB Linthal von der der Wohnzone (LSV II) in die Landwirtschaftszone (LSV III).

8.2.2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

8. Teilumzonung in Linthal Teilumzonung von 610 m² der Parz. Nr. 206 GB Linthal

Archiv-Nummer
04.05.00

Diskussion

Frau Adelheid Baumgartner, Sool, beantragt, das Geschäft abzulehnen. Die Firma Ragotti & Weber Management AG ist nicht in Glarus Süd beheimatet. Sie stört sich am Umstand, dass in Netstal Bauland zur Verfügung gestellt werden soll und im Gegenzug Bauland im Glarus Süd der Landwirtschaftszone zugeführt werden soll.

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger erklärt, dass es sich im vorliegenden Fall um Boden handelt, der bereits im Besitze der Firma Ragotti & Weber Management AG sei. Die anstehende Umzonung verbaut der Gemeinde Glarus Süd nichts. Er beantragt, im Sinne der gemeinderätlichen Stellungnahme Zustimmung zum Geschäft.

Mit grossem Mehr stimmt die Versammlung der beantragten Umzonung zu.

9. Genehmigung Nachtrag III zum Partnervertrag Sernf-Niederenbach (SN) betr. Konzessionen von SN Energie am Sernf und am Niederenbach

Archiv-Nummer 19.01

9.1 Sachverhalt

Der geltende Partnervertrag der SN stammt aus dem Jahre 1999 und löste den Beteiligungsvertrag zwischen der Politischen Gemeinde Stadt St. Gallen und der Ortsgemeinde Schwanden vom 31. Oktober 1928 ab und dauert so lange, als die Konzessionen der SN am Sernf und am Niederenbach dauern (Ziffer 10.3).

Man wollte damit im Jahre 1999 erreichen, dass der Partnervertrag bis ans Ende der im Jahr 2011 zu erneuernden Konzessionen am Sernf und am Niederenbach Geltung hat. Dabei war man sich sicher, dass der SN Energie die Konzessionen erneuert würden, steht doch in den bis August 2011 noch geltenden Konzessionen, dass SN Anspruch auf Erneuerung habe.

Der Landrat erneuerte am 24. Juni 2009 beide Konzessionen für 40 Jahre bis August 2051. Es gab keine Einsprachen von Verbänden. Die Kantone Zürich und Appenzell Ausserrhoden erhoben jedoch Klage mit dem Begehren, die Konzessionen seien der Axpo zu erteilen. Die beiden Kläger und die sie unterstützende Axpo stützen sich dabei auf Art. 5 des NOK-Gründungsvertrages von 1914.

Obwohl man bei der SN zuversichtlich ist, dass die Klage nicht durchdringen kann, will man sich für die schlimmste Eventualität absichern. Wenn nämlich SN diese beiden Konzessionen verlieren sollte, würde der Partnervertrag dahinfallen. Mit dem Nachtrag III soll nun für den Fall, dass SN Energie diese Konzessionen verlieren sollte - womit wie erwähnt nicht gerechnet wird – die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Partnervertrag dennoch weiterdauert.

Falls somit das Urteil im Sinne des beklagten Kantons Glarus und im Sinne der SN ausgeht, bleibt die Regelung mit Ziffer 10.3.1 wie bis anhin. Falls dies wider Erwarten nicht der Fall ist, gilt die Regelung von Ziffer 10.3.2 und der Partnervertrag kann dennoch (bis 2040) weiter dauern.

Falls SN Energie die Konzessionen verlieren sollte, muss die Gemeinde bezüglich Wasserrechte und anderer Rechte, die sie der SN auf die Dauer auch der erneuerten Konzessionen zugesagt hat, frei sein. Das wird in Ziffer 10.3.2 festgehalten und in einer Vereinbarung, welche der Gemeinderat in eigener Kompetenz abschliessen kann, noch konkretisiert.

Der Partnervertrag wurde im Sommer 1999 von der Gemeindeversammlung genehmigt und daher ist auch der Nachtrag III der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Unterschriftsversion, 17.03.2011

NACHTRAG III ZUM PARTNERVERTRAG

zwischen

Politische Gemeinde St. Gallen, St. Gallen

und

Gemeinde Glarus Süd, Mitlödi

und

Politische Gemeinde Rorschach, Rorschach

und

Elektrizitätswerk Jona-Rapperswil AG, Jona

und

Arbon Energie AG, Arbon

und

EW WALD AG, Wald

und

Genossenschaft EW Romanshorn, Romanshorn

als Aktionäre der SN Energie AG (nachfolgend «SN Energie» genannt).

Die Vertragsparteien werden nachfolgend auch «Partner» genannt.

1. Anlass zum und Zweck des Nachtrags III

1.1 Gemäss Partnervertrag Ziff. 10.3 ist die Dauer des Partnervertrags vom Bestehen der Konzessionen von SN Energie am Sernf und am Niederenbach abhängig. Daneben kann ein Partner den Vertrag aus wichtigen Gründen kündigen (Ziff. 10.5), wie auch eine jederzeitige einvernehmliche Auflösung möglich ist (Ziff. 10.4).

1.2 Mit Beschlüssen vom 24. Juni 2009 hat der Landrat des Kantons Glarus die Konzessionen von SN Energie am Sernf und am Niederenbach für eine weitere Dauer von 40 Jahren erneuert. Zurzeit sind gerichtliche Verfahren hängig, in welchen die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse des Landrats des Kantons Glarus vom 24. Juni 2009 überprüft bzw. die Übertragung der Konzessionen auf die AXPO AG beantragt wird.

1.3 Die Bedeutung der Konzessionen am Sernf und am Niederenbach ist für die SN Energie und für die Partner weiterhin hoch. Die Partner wollen aber nicht, dass der Bestand des Partnervertrags vom Ausgang dieser Rechtsstreitigkeiten abhängt. Mit dem vorliegenden Nachtrag III zum Partnervertrag soll erreicht werden, dass der Partnervertrag auch nach einem allfälligen Verlust der Konzessionen der SN Energie am Sernf und am Niederenbach mit Anpassungen an die dannzumaligen Verhältnisse weitergeführt werden kann.

1.4 Im Partnervertrag soll den neuen politischen Strukturen im Kanton Glarus (Glarus Süd) Rechnung getragen werden. Zudem werden separate Abmachungen mit der Gemeinde Glarus Süd notwendig sein, damit das bei diesem Partner vorhandene bedeutende Potential zur hydraulischen Stromproduktion optimal genutzt werden kann.

2. Vertragsänderungen

Folgende Änderungen des Partnervertrags werden beschlossen:

2.1 Die bisherige Ziff. 10.3 wird und durch folgende Fassung ersetzt:

10.3.1 Der Partnervertrag dauert solange, als die Konzessionen von SN Energie am Sernf und am Niederenbach bestehen.

10.3.2 Sollte SN Energie die Konzession am Sernf und am Niederenbach verlieren, ist die Gemeinde Glarus Süd ab diesem Zeitpunkt nicht mehr verpflichtet, die der Gemeinde gehörenden Wasserrechte sowie die eingeräumten Bau- und Terrainbenutzungsrechte der SN Energie weiterhin zur Verfügung zu stellen. Analoges gilt für die auf diesen Konzessionen basierenden Gegenleistungen der SN Energie an die Gemeinde Glarus Süd.

Im Übrigen bleiben der Partnervertrag und seine Nachträge gültig bis 31. Dezember 2040. Nach einem Verlust dieser Konzessionen sind die weiteren durch die veränderten Umstände notwendig werdenden Anpassungen im Partnervertrag nach Möglichkeit innerhalb von zwei Jahren vorzunehmen.

2.2 In Ziff. 10.5 wird «Erlöschen wichtiger Konzessionen» gestrichen, da dies gemäss der neuen Ziff. 10.3.2 kein wichtiger Grund mehr sein kann.

2.3 Im Partnervertrag und in den Anhängen I und II werden die Bezeichnungen «Ortsgemeinde Schwanden» ersetzt durch «Gemeinde Glarus Süd» bzw. «Glarus Süd».

3. Fortbestand, Inkrafttreten

3.1 Alle weiteren Bestimmungen des Partnervertrags und die Nachträge I und II bleiben unverändert gültig.

3.2 Dieser Nachtrag III wird mit der vorbehaltlosen Unterzeichnung durch alle Partner rechtsverbindlich. Er tritt auf diesen Zeitpunkt in Kraft und wird Bestandteil des Partnervertrags.

St. Gallen, den	Politische Gemeinde St. Gallen
Mitlödi, den	Gemeinde Glarus Süd (vorbehältlich der Zustimmung der Gemeindeversammlung)
Rorschach, den	Politische Gemeinde Rorschach
Jona, den	Elektrizitätswerk Jona-Rapperswil AG
Arbon, den	Arbon Energie AG
Wald, den	EW Wald AG
Romanshorn, den	Genossenschaft EW Romanshorn
Mitunterzeichnend	
Schwanden, den	SN Energie AG

9.2 Beschluss der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung) auf Antrag des Gemeinderates

9.2.1 Genehmigung des Nachtrages III zum Partnervertrag Sernf - Niederenbach (SN) betr. Konzessionen von SN Energie am Sernf und am Niederenbach.

9.2.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

9. Genehmigung Nachtrag III zum Partnervertrag Sernf-Niederenbach (SN) betr. Konzessionen von SN Energie am Sernf und am Niederenbach

Archiv-Nummer
19.01

Diskussion

Der Vorsitzende, Dr. Thomas Hefti, erläutert dieses Geschäft sehr ausführlich. Die Versammlung stimmt dem Geschäft ohne Wortmeldung zu.

10. Gemeindeordnung Glarus Süd Neufassungen und Ergänzungen einzelner Artikel des Schulbereiches

Archiv-Nummer 16.01

10.1 Ausgangslage

Die Gemeindeordnung von Glarus Süd wurde im Frühjahr 2009 unter grossem Zeitdruck erarbeitet. Das neue Bildungsgesetz war zu diesem Zeitpunkt erst in der Beratung des Landrates und noch nicht von der Landsgemeinde verabschiedet. Obwohl das Bildungsgesetz in weiten Teilen den Schulbetrieb abschliessend regelt, überlässt es den Gemeinden einen gewissen Gestaltungsspielraum. Diese Festlegungen sind in der Gemeindeordnung zu regeln und betreffen die Art. 53 Abs. 2, Art. 53 Abs. 2a, Art. 53a Abs. 1 + Abs. 2, Art. 65a, Art. 66a Abs. 1 + Abs. 2, Art. 91 Abs.1.

Art. 53 Abs. 2
Die Zusammensetzung der Schulkommission, insbesondere die Grösse der Vertretung von Schulleitung und Lehrervertretung, ist eindeutig zu regeln. Dies erfordert eine Präzisierung dieses Artikels.

Bisher:
Für die Belange der Schulkommission gehören ihr zwingend eine Vertretung der Schulleitung und eine von den Lehrpersonen gewählte Vertretung mit beratender Stimme an.

Neu:
Für die Belange der Schulkommission gehören ihr zwingend ein Vertreter der Schulleitung sowie ein Vertreter der Lehrpersonen mit beratender Stimme an.

Art. 53 Abs. 2a Zusammensetzung
Der Beginn und die Dauer der Amtszeit ist eindeutig zu regeln.

Bisher:

Neu:
Der Vertreter der Lehrpersonen und sein Stellvertreter werden von den Lehrpersonen der Gemeinde Glarus Süd auf eine Dauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit beginnt mit der ersten Gemeindeversammlung nach der Gesamterneuerungswahl des Gemeinderates.

Art. 53a Abs. 1 Aufgaben
In der Gemeindeordnung fehlt ein Hinweis auf die Aufgaben, die die Schulkommission zu erfüllen hat. Gesetzlicher Hintergrund hierfür ist Art. 81 des Bildungsgesetzes.

Bisher:

Neu:
Die Schulkommission erfüllt die ihr vom Bildungsgesetz und dessen kantonalen und kommunalen Ausführungsbestimmungen übertragenen Aufgaben.

Art. 53a Abs. 2 Aufgaben

Gemäss Bildungsgesetz Art. 93 erlassen die Gemeinden ein Absenzenreglement und können darin bei Zuwiderhandlungen die Bestrafung der Erziehungsberechtigten mit Busse vorsehen. Der Regierungsrat regelt die möglichen Urlaubs- und Dispensationsgründe in den Grundzügen. Es ist auf Gemeindeebene zu regeln, welche Instanz dieses Absenzenreglement erlässt. Der finanzielle Rahmen für die Bussen ist zu bestimmen.

Bisher:

Neu:

Die Schulkommission erlässt ein Absenzenreglement. Sie kann bei Verstössen gegen dieses Reglement Bussen zwischen Fr. 50 - Fr. 500 aussprechen.

Art. 65a Schulorganisation

Auf den Erlass einer Schulordnung durch die Stimmberechtigten wird in der Gemeindeordnung verzichtet. Die Aufgabenteilung zwischen Schulleitung, Schulkommission und Gemeinderat ist im Reglement für die Schulorganisation festgehalten. Der Gemeinderat ist durch die Gemeindeversammlung zur Genehmigung dieses Reglements zu ermächtigen.

Bisher:

Neu:

Der Gemeinderat erlässt ein Reglement über die Schulorganisation mit ergänzenden Bestimmungen zum Schulbetrieb und mit Bestimmungen über die Rechte und Pflichten aller an der Schule Beteiligten.

Art. 66a Abs. 1 Rechtschutz

Die Gemeindeordnung enthält keine Bestimmungen über die Regelung des Rechtsschutzes spezifisch für den Schulbereich in der Gemeinde. Gemäss Bildungsgesetz Art. 114 Abs. 1 kann gegen Verfügungen der untergeordneten Organe bei der Schulkommission Beschwerde erhoben werden. BiG Art. 114 Abs. 2 räumt unter Umständen ausser der Schulkommission auch der Gemeindevorsteherschaft Entscheidbefugnisse ein, ohne diese im Detail zu definieren. Aufgrund der Erfahrungen im Verlaufe des letzten Jahres kann auf dieses Recht verzichtet werden. In allen Fällen, wo der Gemeinderat die entscheidende oder verfügende Instanz ist, kommen die entsprechenden Artikel der Gemeindeordnung resp. der Verwaltungsrechtspflege zur Anwendung.

Bisher:

Neu:

Gegen Verfügungen der Schulleitung kann bei der Schulkommission innert der gesetzlichen Fristen Einsprache erhoben werden.

Art. 66a Abs. 2 Rechtschutz
Erläuterung: analog Art. 66a Abs. 1

Bisher:	***Neu:***
	Gegen Verfügungen und Einsprache-entscheide der Schulkommission kann gemäss Art. 114 Abs. 2 Bildungsgesetz Beschwerde beim kantonalen Departement erhoben werden.

Art. 91 Abs. 1 Rechtschutz
Diese Ergänzung schliesst neu den Rechtschutz der Schule mit ein.

Bisher:	***Neu:***
Der Rechtschutz für die Technischen Betriebe und die Alters- und Pflegeheime richtet sich nach den Spezialbestimmungen gemäss Art. 75 und 83.	*Der Rechtschutz für die Schule, die Technischen Betriebe und die Alters- und Pflegeheime richtet sich nach den Spezialbestimmungen gemäss Art. 66a, 75 und 83.*

Diese Ergänzungen der Gemeindeordnung treten per 01.07.2011 in Kraft.

10.2 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

10.2.1 Genehmigung der Ergänzungen und Präzisierungen folgender Artikel der Gemeindeordnung: Art. 53 Abs 2, Art. 53 Abs. 2a, Art. 53a Abs. 1 + Abs. 2, Art. 65a, Art. 66a Abs. 1 + Abs. 2, Art. 91 Abs.1.

10.2.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

10. Gemeindeordnung Glarus Süd Neufassungen und Ergänzungen einzelner Artikel des Schulbereiches

Archiv-Nummer
16.01

Diskussion

Departementsvorsteherin Dr. Brigitte Weibel führt in dieses Geschäft ein und erläutert die Beweggründe, die zu einzelnen Anpassungen den Schulbereich betreffend, führen.

Die Versammlung stimmt den Neufassungen und Ergänzungen ohne Wortmeldung zu.

11. Genehmigung Friedhofverordnung Glarus Süd

Archiv-Nummer
12.01

11.1 Ausgangslage

Im Rahmen der Gemeindestrukturreform ist das Friedhof- und Bestattungswesen der siebzehn bisherigen Gemeinden einheitlich zu regeln. Die Führung des Bestattungsamtes ist dem Einwohneramt angegliedert und zusammen mit den Bestattungsfunktionären für die neun Friedhöfe zuständig.

Grundlage für die Friedhofverordnung bildet die an der Landsgemeinde 2006 letztmals revidierte kantonale Verordnung über das Bestattungswesen.

11.2 Projektarbeit

Sämtliche Friedhofverordnungen der bisherigen Gemeinden wurden zu einer einzigen Friedhofverordnung zusammengefasst und in der Folge in die Departemente des Gemeinderates Glarus Süd, den Bestattungsfunktionären der Gemeinde Glarus Süd, der Evangelisch-Reformierte Landeskirche sowie der Römisch-Katholische Landeskirche zur Vernehmlassung abgegeben. Die eingegangenen Stellungnahmen sind weitgehend in die neue Friedhofverordnung eingeflossen.

11.3 Erläuterung einzelner Artikel

Art. 5 Bestattungsanspruch

Der generelle Anspruch, unabhängig der Religionszugehörigkeit auf einem Friedhof der Gemeinde bestattet zu werden, ergibt sich aus der Bundesverfassung und den entsprechenden kant. Vorschriften (Art. 1 der kant. Verordnung über das Bestattungswesen).

Art. 6 Verhalten auf den Friedhöfen

Art. 6, Abs. 2 hält fest, dass die Benützung der Friedhöfe als öffentliche Durchgänge verboten ist. Musikalische oder religiöse Veranstaltungen auf den Friedhöfen bedürfen einer Bewilligung der Departementsvorsteherschaft. Dem Anliegen des evangelischen Kircherates Schwanden bzgl. des Durchgangsrechts (Gewohnheitsrecht) wurde mit dem Vermerk in Anhang 1 "Der Durchgang durch den Friedhof ist für Fussgänger erlaubt" Rechnung getragen.

Art. 12 Ausmasse der Gräber

Die angegebenen Ausmasse der Gräber sind in Art. 5 der kant. Verordnung verbindlich vorgeschrieben und sind nicht mit den zulässigen Massen der Grabmäler, welche in Art. 22 in dieser Verordnung geregelt sind, zu verwechseln.

Art. 16 Ruhefrist

Die Gräberräumung erfolgt frühestens nach 20 Jahren; der Entscheid darüber wird aus ästhetischen Gründen flexibel gehandhabt. Mindestens 15 Jahre beträgt die Bepflanzungszeit, danach wird Rasen angepflanzt; die Gräber können dann mit einer niedrigen Solitärpflanze hergerichtet werden. Ein nachträgliches Beisetzen von Urnen in ein bestehendes Grab ist bis spätestens 15 Jahre nach Graberöffnung möglich, die festgelegte Räumungsfrist verändert sich dadurch nicht.

Art. 22 Masse der Grabmäler

Es gibt keine übergeordneten Vorschriften zu den Massen der Grabmäler. Die Gemeinden können gemäss Art. 31 der kant. Verordnung Bestimmungen über die Beschaffenheit und die Grösse der Grabmäler erlassen. Die in Art. 22 vorgegebenen Masse und Ausnahmen entsprechen den bisherigen Bestimmungen und sind mehr oder weniger unverändert auf allen Friedhöfen des Kantons geltendes Recht.

Art. 23 - 25 Beschaffenheit der Grabmäler

Wie bereits festgestellt, sind die Gemeinden berechtigt, Vorschriften zur Beschaffenheit der Grabmäler zu erlassen. Dadurch soll eine gewisse Einheitlichkeit des Erscheinungsbildes des Friedhofes erreicht werden und zwar ohne die künstlerische und handwerkliche Freiheit der Bildhauer allzu massiv einzuschränken. Auch hier entsprechen die gewählten Bestimmungen weitgehend den bisherigen Vorschriften. Die speziellen Gepflogenheiten der einzelnen Friedhöfe sind im Anhang 1 geregelt.

Art. 32 Bestattungszeiten

Art. 32, Abs. 2 gibt vor, dass nach Rücksprache mit den Angehörigen und dem zuständigen Pfarramt das Bestattungsamt die Zustimmung zur Abdankung oder Beisetzung erteilt. Dies aus dem Grund, dass gleichzeitige oder leicht verschobene Bestattungs- bzw. Abdankungszeiten im gleichen Dorf vermieden werden können.

Art. 42 Bestattungskosten

Die Kosten des Bestattungswesens sind zunächst durch die Gemeinde zu übernehmen; diese verrechnet sie der Nachlassenschaft des Verstorbenen weiter (Art. 15 kant. Verordnung). Die Festlegung der Bestattungsgebühren ist am 09.12.2010 durch den Gemeinderat erfolgt und per 01.01.2011 in Kraft getreten und im Anhang 2 ersichtlich.

Art. 44 Rechtsschutz

Beschwerdeinstanz zur Behandlung allfälliger Beschwerden gegen Verfügungen des Gemeinderates, welche gestützt auf diese Friedhofverordnung erlassen werden, ist das zuständige kant. Departement, zurzeit das Departement Finanzen und Gesundheit.

11. 4 Beschluss
der Gemeindeversammlung
auf Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat die Friedhofverordnung Glarus Süd an seiner Sitzung vom 14. April 2011 beraten und genehmigt. Sie berücksichtigt die bisherigen Traditionen des Glarnerlandes mit der gewohnten, schlichten und einheitlichen Art der Bestattungen und hält an der bisherigen bewährten Organisation fest.

11.4.1 Genehmigung der Friedhofverordnung Glarus Süd.

11.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Glarus Süd *Kraft.*

Friedhofverordnung

Gemeinde Glarus Süd

Verordnung über das Friedhof- und Bestattungswesen

Erlassen von der Gemeindeversammlung am (.....)

Sprachform: Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich gleichermassen auf beide Geschlechter.

Inhaltsverzeichnis

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN 62
Art. 1 Grundlagen 62
Art. 2 Vollzugsbehörde 62
Art. 3 Aufsicht 62

II. Friedhof 62
Art. 4 Bestattungsanspruch 62
Art. 5 Verhalten auf den Friedhöfen 62
Art. 6 Katafalke, Leichenhallen 63
Art. 7 Öffnungszeiten 63
Art. 8 Beschädigungen 63
Art. 9 Haftung 63

III. Gräber 63
Art. 10 Gräberkategorien 63
Art. 11 Ausmasse der Gräber 64
Art. 12 Begrenzung 64
Art. 13 Gräberbelegung 64
Art. 14 Grabnummer 64
Art. 15 Ruhefrist 64
Art. 16 Exhumierungen / Urnenausgrabungen 65
Art. 17 Sarg- bzw. Urnenmaterial 65

IV. GRABMÄLER 65
Art. 18 Allgemeine Grundsätze 65
Art. 19 Bewilligungspflicht 66
Art. 20 Masse der Grabmäler 66
Art. 21 Werkstoffe 66
Art. 22 Bearbeitung 67
Art. 23 Schrift und Schmuck 67
Art. 24 Setzen der Grabmäler 67
Art. 25 Unterhalt der Grabmäler 67

V. BEPFLANZUNG 68
Art. 26 Grundsatz 68
Art. 27 Bepflanzung 68
Art. 28 Vernachlässigte Gräber 68

VI. BESTATTUNGEN / ABDANKUNGEN 68
Art. 29 Bestattungsbewilligung 68
Art. 30 Bestattungszeiten 69
Art. 31 Grabgeläute 69
Art. 32 Bestattungsfrist 69
Art. 33 Organisation 69
Art. 34 Urnenbeisetzung 69
Art. 35 Bestattung ohne kirchlichen Beistand 69
Art. 36 Gestaltung der kirchlichen Abdankungsfeier 69

VII. TODESFÄLLE 70
Art. 37 Anzeigepflicht 70
Art. 38 Aufbewahrung der Leichen / Urnen 70
Art. 39 Einkleiden des Leichnams 70

VIII. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN 70
Art. 40 Bestattungskosten 70
Art. 41 Grabfonds 70
Art. 42 Rechtsschutz 71
Art. 43 Aufhebung bisherigen Rechts 71
Art. 44 Inkrafttreten 71

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Grundlagen

1 Die Kantonale Verordnung über das Bestattungswesen bildet die Grundlage für diese Friedhofverordnung der Gemeinde Glarus Süd und ist in jedem Falle verbindlich.

Art. 2 Vollzugsbehörde

1 Das Friedhof- und Bestattungswesen ist Sache der Gemeinde; es steht unter der Aufsicht des Gemeinderates.

2 Die Vorsteherschaft ist das Departement Sicherheit und Freizeit, im Folgenden kurz „Departement" genannt. Es bestimmt die Friedhofgärtner und die Bestattungsfunktionäre.

3 Für frei bestimmbare Ausgaben kann das Departement im Rahmen des Budgets verfügen.

Art. 3 Aufsicht

1 Die Aufsicht über den Zustand und Unterhalt der Friedhöfe obliegt dem Departement in Zusammenarbeit mit dem Bestattungsamt.

II. Friedhof

Art. 4 Bestattungsanspruch

1 Die Friedhöfe von Braunwald, reformiert Linthal, katholisch Linthal, Betschwanden, Luchsingen, Schwanden, Mitlödi, Matt und Elm sind die Bestattungsstätten für alle verstorbenen Einwohner von Glarus Süd. Dies betrifft ebenfalls die innerhalb des Gemeindegebietes aufgefunden Leichen, sofern diese nicht an ihrem zivilrechtlichen Wohnsitz bestattet werden können.

2 Die Bestattung auswärts Verstorbener, welche nicht in Glarus Süd gewohnt haben, kann auf Gesuch vom Bestattungsamt bewilligt werden.

3 Die Kosten für die Ausnahmebewilligung sind im Gebührentarif geregelt.

Art. 5 Verhalten auf den Friedhöfen

1 Auf den Friedhöfen ist lautes und unanständiges Benehmen zu unterlassen. Das Spielen auf den Friedhöfen ist nicht gestattet; das Mitführen von Hunden ist untersagt. Fahrräder und Fahrzeuge dürfen nicht in die Friedhofareale mitgenommen werden.

2 Die Benützung der Friedhöfe als öffentliche Durchgänge bzw. zu andern Zwecken als zu Gräber- und Kirchenbesuchen oder Führungen ist verboten. Für besondere musikalische oder religiöse Veranstaltungen innerhalb des Friedhofs ist die Bewilligung der Departementsvorsteherschaft einzuholen.

3 Die Weisungen des Bestattungsamtes und des Friedhofgärtners sind strikte zu befolgen.

4 Zu den Friedhofeinrichtungen und -anlagen sowie zu den Grabstellen ist Sorge zu tragen.

5 Sämtlicher Abfall ist in den auf den Friedhöfen bereitgestellten Behältern ordnungsgemäss und getrennt zu entsorgen.

Art. 6 Katafalke, Leichenhallen

1 Wo zur Aufbahrung der Verstorbenen bis zur Bestattung Leichenhallen oder in Heimen Kühlkatafalke bestehen, sind die Verstorbenen nach erfolgter Einsargung dorthin zu überführen.

Art. 7 Öffnungszeiten

1 Die Friedhöfe sind das ganze Jahr über geöffnet. Die Schneeräumung erfolgt jedoch nur entlang der Hauptwege.

Art. 8 Beschädigungen

1 Beschädigungen an Gebäuden, Anlagen, Gräbern, Grabmälern und Bepflanzung sowie die Entwendung von fremdem Eigentum werden strafrechtlich geahndet.

2 Das Betreten von Anpflanzungen sowie das Abreissen von Zweigen und Blumen in den Friedhofanlagen ist verboten.

Art. 9 Haftung

1 Die Gemeinde übernimmt keine Haftung für irgendwelche Schäden, die an Grabbepflanzungen oder an Grabmälern durch Zerfall, Witterungseinflüsse oder durch widerrechtliche Handlungen von Drittpersonen sowie durch höhere Gewalt verursacht werden.

III. Gräber

Art. 10 Gräberkategorien

1 Die Friedhöfe sind in folgende Gräberkategorien eingeteilt:

Gräber für Erdbestattungen	Kat. E
Urnengräber	Kat. U
Kindergräber (bis zum erfüllten 11. Lebensjahr)	Kat. K
Gemeinschaftsgrab (nur Urnen; siehe Anhang 1)	Kat. G

2 Die Bestattungen haben nach einem durch das Bestattungsamt zu führenden Belegungsplan zu erfolgen.

3 Kindergräber sind in einer besonderen Abteilung des Friedhofs vereinigt.

4 Wo ein Gemeinschaftsgrab besteht, gelten die jeweiligen Vorschriften im Anhang 1.

Art. 11 Ausmasse der Gräber

1 Die Gräber haben folgende Ausmasse aufzuweisen:

	Länge	Breite	Tiefe
Kat. E	1.8 m	0.8 m	1.2 m
Kat. U	1.2 m	0.8 m	1.0 m
Kat. K	1.2 m	0.6 m	1.0 m

Art. 12 Begrenzung

1 Die Abgrenzung zwischen den Gräbern mittels Granit-, Schiefer- oder anderen Platten und die Erstellung der Zwischenwege gehen zu Lasten der Gemeinde. Andere Abgrenzungen durch besondere Einfassungen wie Eisen, Marmor usw. sind untersagt.

2 Diese Begrenzung darf vom Grabschmuck und von der Bepflanzung nicht überschritten bzw. nicht überwachsen werden.

3 Die Entfernung der Begrenzungen ist untersagt.

Art. 13 Gräberbelegung

1 Die Gräber dürfen wie folgt belegt werden:

2 Reihengräber 1 Sarg sowie zusätzlich zwei Urnen. Eine Ausnahme ist zulässig, wenn eine Wöchnerin mit ihrem verstorbenen Neugeborenen bestattet wird.

3 Urnengräber bis 4 Urnen

Art. 14 Grabnummer

1 Jede Grabstätte erhält nach der Eindeckung eine Ordnungsnummer. Bis zur Aufstellung eines Grabmales erhält jedes Grab ein Namensschild.

Art. 15 Ruhefrist

1 Alle Gräber unterliegen mindestens einer 20jährigen Ruhefrist. Bei einzelnen Friedhöfen kann diese abweichen und ist im Anhang 1 festgelegt.

2 Die gesetzliche Ruhefrist wird durch das nachträgliche Beisetzen von zusätzlichen Urnen in bestehende Gräber (bis spätestens 15 Jahre nach Graberöffnung) nicht beeinflusst. Die Hinterbliebenen haben diese Regelung mit der Unterzeichnung einer Erklärung anzuerkennen.

Räumung von Grabfeldern

3 Nach Ablauf der Ruhefrist kann das Bestattungsamt die Räumung von Grabfeldern anordnen. Die Aufhebung der Gräber wird im Amtsblatt des Kantons und auf den betreffenden Friedhöfen publiziert.

4 Innerhalb der bestimmten Frist haben die Hinterlassenen die vorhandenen Grabsteine und Pflanzen zu beseitigen. Wird die angesetzte Frist nicht benützt, so verfügt der Gemeinderat die Räumung der Gräber auf Kosten der Angehörigen.

5 Das Departement kann die Frist verlängern, wenn dies im Interesse eines besseren Gesamtbildes der Friedhofanlage steht.

Art. 16 Exhumierungen / Urnenausgrabungen

1 Die Exhumierung einer Leiche ist nur mit der Bewilligung des zuständigen kantonalen Departements zulässig. Die Ausgrabung einer Leiche darf nur auf Anordnung des Gemeinderates und in Anwesenheit eines Arztes bzw. der Polizeibehörde erfolgen.

2 Das Departement erteilt die Bewilligung zur Ausgrabung von Urnen. Die Ausgrabung muss durch einen Bestattungsfunktionär der Gemeinde Glarus Süd erfolgen. Für allfällige bereits eingetretene oder während der Ausgrabung entstehende Beschädigungen an der Urne übernimmt die Gemeinde keine Haftung.

3 Ist eine Exhumierung nicht amtlich angeordnet, so hat der Gesuchsteller für sämtliche Kosten aufzukommen.

Art. 17 Sarg- bzw. Urnenmaterial

1 Für die Erdbestattung ist die Form des Glarnermodells für den Sarg zu verwenden. Für die Herstellung des Sarges darf gemäss Regierungsratsbeschluss vom 5. Januar 1976 nur einheimisches Fichten- oder Lindenholz gebraucht werden.

2 Urnen aus massivem Hartholz, Kunststoff, Metall oder mit Kunststoff- oder Metalleinlagen sind nicht zugelassen.

IV. GRABMÄLER

Art. 18 Allgemeine Grundsätze

1 Es ist den Hinterbliebenen freigestellt, auf ihre Kosten ein passendes Grabmal aufzustellen, welches die Erinnerung an den Verstorbenen wach hält und die Aussage über sein Leben oder seinen Glauben enthalten kann. Es soll durch seine Gestaltung in Bezug auf die Bearbeitung, die Proportionen, das Motiv und die Schrift überzeugen und sich in das Gesamtbild des Friedhofes bzw. des betreffenden Gräberfeldes harmonisch einfügen.

Art. 19 Bewilligungspflicht

1 Für die Errichtung von Grabmälern ist die Bewilligung des Bestattungsamtes einzuholen. Vor Beginn der Ausführungsarbeiten ist diesem ein Gesuch mit vollständigen Angaben über Material, Bearbeitung und Beschriftung sowie eine saubere, detailgetreue Zeichnung im Massstab 1:10 im Doppel einzureichen.

2 Änderungen an bestehenden Grabmälern bedürfen ebenfalls einer Bewilligung. Die nachträgliche Ausführung von Inschriften (sog. Nachschriften) ist hingegen ohne weiteres gestattet.

3 Grabmäler, die der Verordnung nicht entsprechen, müssen vom Ersteller korrigiert werden oder werden auf dessen Kosten durch die Gemeindeorgane entfernt.

Art. 20 Masse der Grabmäler

1 Die Grabmäler haben folgende Masse einzuhalten

2 A) Stehende Grabmäler

		Max. Höhe	Max. Breite	Min. Dicke
Kat. E	Erw. Grab	120 cm	55 cm	15 cm
Kat. U	Urnengrab	90 cm	50 cm	12 cm
Kat. K	Kindergrab	80 cm	40 cm	10 cm

3 Die Höhenmasse gelten ab Oberkante Grabeinfassung. Bei allen stehenden Grabmälern darf die maximale Höhe nicht um mehr als 20 cm unterschritten werden, die Mindestdicke nicht um mehr als 15 cm überschritten werden

4 Im Interesse eines harmonischen Gesamtbildes sollten hohe Steine eher schmal, niedrige Steine eher breit gehalten werden. Bei der Wahl der Masse ist auf die Anlage des betreffenden Gräberfeldes gebührend Rücksicht zu nehmen.

5 Bei konisch laufenden Steinen gilt das Mass zwischen unterer und oberer Breite.

6 B) Liegende Grabmäler (Grabplatten)

7 Grabplatten sind nicht auf allen Friedhöfen gestattet, massgebend sind die Angaben im Anhang 1.

8 Die liegenden Grabmäler dürfen den Erdboden (Oberkante Grabeinfassung) um höchstens 15 cm überragen.

9 Die Höhenmasse gelten inklusive Sockel. Dieser darf höchstens 10 cm sichtbar sein.

Art. 21 Werkstoffe

1 Als Werkstoffe für die Erstellung der Grabmäler sind zugelassen: Naturstein, Holz und Schmiedeeisen sowie nicht serienmässig hergestellte Bronze.

2 Unzulässig sind Werkstoffe wie: Kunststeine, Kunststoffe, Klinker, Blech, Keramik, Draht, Porzellan, Gusseisen, Glas, Email und ähnliche Materialien.

Art. 22 Bearbeitung

1 Das Grabmal aus Stein muss handwerklich oder maschinell einwandfrei bearbeitet sein.

2 Das Polieren oder Lackieren von Materialien ist nicht gestattet.

3 Unbearbeitete Felsformen und Findlinge sind nicht erwünscht.

Art. 23 Schrift und Schmuck

1 Die bildhauerische Gestaltung des Grabmals ist erwünscht. Schrift und Schmuckformen sollen handwerklich ausgeführt werden und sich harmonisch ins Grabmal einfügen.

2 Schrift und Schmuck müssen die ethischen Grundsätze respektieren und haben sich in das Gesamtbild des Friedhofes sowie in das entsprechende Gräberfeld einzufügen.

3 Der Ersteller kann seinen Namen seitlich auf dem Grabmal anbringen. Der Schriftzug soll unauffällig sein. Die Verwendung von Namensplaketten ist nicht gestattet.

Art. 24 Setzen der Grabmäler

1 Das Setzen der Grabmäler darf frühestens 9 Monate nach der Beerdigung erfolgen. Bei Urnengräbern entfällt diese Wartezeit.

2 Die Grabmäler müssen auf eine ihrer Grösse und ihrem Gewicht angepasste, massive Unterlagsplatte gestellt und mit dieser fachgerecht verbunden werden. Die Unterlagsplatte muss mindestens 6 cm dick sein und vorne und hinten einen Vorsprung von mindestens 5 cm aufweisen.

3 Das Versetzen der Grabmäler hat fachmännisch zu erfolgen. Beschädigungen, die beim Versetzen der Grabmäler an andern Gräbern und Denkmälern sowie an den Friedhofanlagen und -einrichtungen entstehen, gehen zulasten der betreffenden Verursacher.

4 An Vortagen vor gesetzlichen Feiertagen und am Samstagnachmittag, ferner bei nassem und gefrorenem Boden, dürfen weder Grabmäler versetzt noch Reparaturarbeiten ausgeführt werden.

Art. 25 Unterhalt der Grabmäler

1 Die Hinterbliebenen sind verpflichtet, für das Aufrichten und das Neusetzen gefährdend schief stehender oder umgestürzter Grabmäler zu sorgen.

2 Sofern die Hinterbliebenen dieser Verpflichtung nicht nachkommen, behält sich die Gemeinde vor, das Richten der Grabmäler zulasten der Hinterbliebenen auszuführen oder ausführen zu lassen bzw. das Grabmal bei nicht mehr gepflegten Gräbern abzuführen oder abführen zu lassen.

V. BEPFLANZUNG

Art. 26 Grundsatz

1 Die Bepflanzung der Gräber ist Sache der Angehörigen. Sie können die Bepflanzung selber vornehmen oder in Auftrag geben. Die Bepflanzung darf das Gesamtbild des Gräberfeldes sowie die anschliessenden Gräber in keiner Weise beeinträchtigen.

2 Die Bepflanzung der Gemeinschaftsgräber erfolgt auf Anordnung und Kosten der Gemeinde Glarus Süd.

3 Das Departement kann Friedhofgärtner bestimmen und anstellen.

4 Die Bepflanzungszeit beträgt mindestens 15 Jahre, danach kann das Grab als Rasen mit einer niedrigen Solitärpflanze (Rose, Erika, Konifere, etc.) hergerichtet werden.

Art. 27 Bepflanzung

1 Auf den Gräbern dürfen keine Bäume gepflanzt werden.

2 Die Gräber müssen mindestens zu zwei Dritteln bepflanzt sein und dürfen nicht mit Holzschnitzeln abgedeckt werden.

3 Die Bordüre (zwischen Grabstein und oberem Stellriemen) darf nicht verändert werden.

Art. 28 Vernachlässigte Gräber

1 Bei vernachlässigten Grabstätten wird das Bestattungsamt die Hinterbliebenen unter Gewährung einer angemessenen Frist zur Einhaltung bzw. Anpassung auffordern. Kommen die Hinterbliebenen dieser Aufforderung nicht nach, wird der Friedhofgärtner das Grab auf Kosten der Hinterbliebenen mit einer einfachen Dauerbepflanzung versehen.

2 Sind keine Angehörigen mehr da, besorgt der Friedhofgärtner zu Lasten der Gemeinde einen schlichten Grabschmuck mittels einer Dauerbepflanzung.

3 Der Friedhofgärtner ist ferner dazu berechtigt, abgestandene Pflanzen, verwelkte Blumenkränze und Schnittblumen sowie unpassende Gefässe usw., welche von den Angehörigen nicht ersetzt oder weggenommen werden, ohne vorgängige Information der Angehörigen zu entfernen.

VI. BESTATTUNGEN / ABDANKUNGEN

Art. 29 Bestattungsbewilligung

1 Die Todesfallmeldung hat an das Bestattungsamt zu erfolgen. Eine Todesbescheinigung des Arztes ist zwingend beizubringen. Die Bestattung einer Leiche darf nicht vor Ablauf von 48 Stunden nach Eintritt des Todes stattfinden.

Art. 30 Bestattungszeiten

1 An Sonntagen und Feiertagen finden keine Abdankungen oder Beisetzungen statt.

2 Nach Rücksprache mit den Angehörigen und dem zuständigen Pfarramt erteilt das Bestattungsamt die Zustimmung zur Abdankung und Beisetzung.

Art. 31 Grabgeläute

1 In der Regel findet bei einer Bestattung mit kirchlicher Abdankungsfeier ein Grabgeläute statt. Auf Wunsch der Verstorbenen oder Angehörigen wird darauf verzichtet (stille Abdankung in der Kirche oder nur kirchliche Handlung am Grab). Für die Läutordnung ist der betreffende Kirchenrat zuständig.

Art. 32 Bestattungsfrist

1 Innerhalb von 48 (minimal) und 96 (maximal) Stunden nach Eintreten des Todes muss der Leichnam beerdigt oder kremiert werden.

2 Über Ausnahmen entscheidet das Bestattungsamt nach Rücksprache mit dem Departement.

Art. 33 Organisation

1 Das Bestattungsamt trifft die erforderlichen Vorkehrungen in Absprache mit den für den Sterbeort zuständigen Behörden. Es ist den Hinterbliebenen auch bei auswärtigen Sterbefällen behilflich.

Art. 34 Urnenbeisetzung

1 Die Beisetzung von Urnen ist grundsätzlich freiwillig. Sie erfolgt im Einvernehmen mit dem Bestattungsamt und dem zuständigen Pfarramt oder Zivilstandsbeamten.

Art. 35 Bestattung ohne kirchlichen Beistand

1 Findet bei Beerdigungen keine kirchliche Mitwirkung statt, so hat der Zivilstandsbeamte am Grabe die Personalien der Verstorbenen bekannt zu geben.

Art. 36 Gestaltung der kirchlichen Abdankungsfeier

1 Die kirchliche Abdankungsfeier ist ein öffentlicher Gottesdienst anlässlich des Todes eines Kirchenmitgliedes. Die Gestaltung obliegt der entsprechenden Pfarrperson. Sie leitet die Abdankungsfeier. Ansprachen und andere Beiträge sind mit ihr rechtzeitig abzusprechen.

VII. TODESFÄLLE

Art. 37 Anzeigepflicht

1 Alle auf dem Gemeindegebiet Glarus Süd erfolgten Todesfälle, Leichenauffindungen und anzeigepflichtigen Totgeburten (Kind von mindestens 30 cm Körperlänge) sind spätestens innerhalb von 48 Stunden durch Aushändigung einer ärztlichen Todesbescheinigung dem Bestattungsamt zu Handen des Zivilstandsamtes zu melden. Für Feuerbestattungen ist eine zusätzliche ärztliche Bescheinigung (Kremationsbewilligung) erforderlich.

Art. 38 Aufbewahrung der Leichen / Urnen

1 Bis zur Bestattung oder Kremation werden die Leichen in den Friedhofhallen oder den Heim-Katafalken aufgebahrt, sofern sie nicht im Kantonsspital aufbewahrt sind. Die Verstorbenen sind nach erfolgter Einsargung mit dem Leichenauto in die Friedhofhalle, resp. Katafalke, zu überführen.

2 Die Urne kann nach erfolgter Kremation auf Wunsch in die Friedhofhalle überbracht und bis zur Beisetzung dort aufbewahrt werden.

3 Bis maximal drei Monate können dort auch Urnen aufbewahrt werden, welche nicht auf dem Friedhof, sondern an einem anderen Ort beigesetzt werden.

Art. 39 Einkleiden des Leichnams

1 Die Einkleidung des Leichnams ist Sache der Angehörigen. Sie kann individuell erfolgen und soll der Würde des Verstorbenen Rechnung tragen.

VIII. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 40 Bestattungskosten

1 Die Kosten der Bestattungen werden der Nachlassenschaft durch das Bestattungsamt in Rechnung gestellt.

2 Für die Verrechnung der entsprechenden Leistungen gilt der vom Gemeinderat erlassene Gebührentarif im Anhang 2.

3 Ist die Nachlassenschaft nachweislich nicht in der Lage, für die Kosten aufzukommen, so gehen diese zu Lasten der Gemeinde.

Art. 41 Grabfonds

1 Zur Sicherung der Bepflanzung der Gräber während der Ruhefrist kann ein Grabfond als Spezialfinanzierung geschaffen werden. Die bisherigen Grabfonds werden in einen neuen Gesamtgrabfond überwiesen und als Einzelkonto geführt. Die Führung der Grabfonds obliegt der Finanzverwaltung.

Art. 42 Rechtsschutz

1 Gegen Verfügungen der Gemeindeorgane kann innert 30 Tagen Beschwerde beim zuständigen kantonalen Departement erhoben werden.

Art. 43 Aufhebung bisherigen Rechts

1 Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden die Friedhofverordnungen folgender Gemeinden aufgehoben:

Gemeinde:	Verordnung vom:
Mitlödi	31. Januar 2005
Schwanden	21. November 2004
Luchsingen	06. Juli 2000
Betschwanden	01. Januar 2005
Linthal kath.	01. Januar 2005
Linthal ref.	01. Januar 2005
Braunwald	20. Dezember 1996
Matt	08. Dezember 2002
Elm	24. Juni 1997

Art. 44 Inkrafttreten

1 Diese Verordnung tritt per 1. Juli 2011 in Kraft.

2 Erlassen von der Gemeindeversammlung am 24. Juni 2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident	Der Gemeindeschreiber
Dr. Thomas Hefti	André Pichon

Friedhofverordnung
Gemeinde Glarus Süd

Anhang 1

Besonderheiten der jeweiligen Friedhöfe von Glarus Süd

Friedhof Braunwald

Eigentum der Kirchgemeinde Grosstal
Katafalk in der RehaClinic
Grabplatten erlaubt, max. 60x50x15 cm
Gemeinschaftsgrab anonym

Friedhof reformiert Linthal

Eigentum der Gemeinde Glarus Süd
Katafalk im Altersheim Linthal
Grabplatten auf Urnengräbern erlaubt, nicht aber in Reihengrab, max. 50x45x12 cm
Gemeinschaftsgrab, Namensschild einheitlich auf Schriftfläche

Friedhof katholisch Linthal

Eigentum der Katholischen Pfarreistiftung
Katafalk im Altersheim Linthal Sportplatz mit offenem Unterstand
Grabplatten erlaubt
Kein Gemeinschaftsgrab

Friedhof Betschwanden

Eigentum der Gemeinde Glarus Süd
Katafalk im Altersheim Linthal
Grabplatten sind nicht erlaubt
Gemeinschaftsgrab anonym
Kein Leichengeleit

Friedhof Luchsingen

Eigentum der Kirchgemeinde Grosstal
Die Katafalke in Linthal und Schwanden stehen zur Verfügung
Grabplatten für Urnengräber erlaubt, max. 60x45x12 cm
Gemeinschaftsgrab, Namenstafeln werden einheitlich auf Platte von Bildhauer Knobel erstellt, Bestellung via Bestattungsamt

Friedhof Schwanden

Eigentum der Gemeinde Glarus Süd
Friedhofhalle
Grabplatten sind nicht erlaubt
Gemeinschaftsgrab, einheitliche Namensschilder, auf Antrag beim Bestattungsamt
Der Durchgang durch den Friedhof ist für Fussgänger erlaubt

Friedhof Mitlödi

Eigentum der Reformierten Kirchgemeinde Mitlödi
Katafalk in Schwanden steht zur Verfügung.
Grabplatten erlaubt, max. 50x50x12 cm
Gemeinschaftsgrab anonym

Friedhof Matt

Eigentum der Kirchgemeinde Matt-Engi
Friedhofhalle
Grabplatten nicht erlaubt
Gemeinschaftsgrab - auf Wunsch Namensschilder einheitlich auf Platte von Bildhauer Knobel erstellt, Bestellung via Bestattungsamt

Friedhof Elm

Eigentum der Reformierten Kirchgemeinde Elm
Katafalk im Altersheim Sernftal
Grabplatten nicht erlaubt
Grabmale aus Holz nicht erlaubt
Leichenzug gestattet (Transport mit Pferd gegen Aufpreis möglich)
Gemeinschaftsgrab, anonym
Bepflanzung durch Friedhofgärtner

Friedhofverordnung
Gemeinde Glarus Süd

Anhang 2

Gebührentarif Bestattungen Gemeinde Glarus Süd

1. Lieferung des Sarges

für Kinder bis und mit 11. Altersjahr	Fr. 300.--
für Personen ab 12. Altersjahr	
- im Spital verstorben	Fr. 450.--
- zu Hause verstorben	Fr. 500.--
Für den Transport von Särgen Erwachsener über eine Wegstrecke von mehr als einer halben Stunde einfachen Weges zusätzlich. (Die Kontrolle über die Berechtigung dieser Entschädigung übt die Gemeinde- bzw. Friedhofverwaltung aus).	Fr. 70.--

2. Für die Leichenschau Fr. 50.--

3. Für die Mithilfe beim Einsargen pro Helfer (maximal 2 Helfer) Fr. 90.--

4. Für die Mithilfe beim Verbringen aus Heimen und dem Kantonsspital in die Friedhofhalle/Kirche,

pro zusätzlichen Träger (maximal 2 Träger) Fr. 80.--

5. Den Trägern für die Abholung des Sarges von zu Hause

pro Träger (max. 4 Träger) Fr. 130.--

6. Den Trägern

einschliesslich Mithilfe beim Versenken des Sarges und Mithilfe beim Zudecken des Grabes pro Mann (maximal 4 Träger) Fr. 130.--

7. Für die Führung des Leichenwagens

innerhalb des Kantons	Fr. 160.--
ins Krematorium Rüti ZH	Fr. 280.--
Nachtzuschlag ab 22^{00} bis 05^{00} Uhr	50%
Sonntagszuschlag ab 00^{00} bis 24^{00} Uhr	50%
(insgesamt darf nur ein Zuschlag verrechnet werden)	

8. Für die Beerdigung Totgeborener

für die Leichenschau	Fr. 60.--
für den Sarg	Fr. 90.--
für die stille Beerdigung	Fr. 60.--

9. Für die Erstellung des Grabes, einschliesslich Mithilfe beim Versenken des Sarges, Zufüllen des Grabes und Bezeichnung desselben

für Kinder bis und mit 11. Altersjahr	Fr. 230.--
Personen ab 12. Altersjahr	Fr. 320.--

10. Für die Erstellung eines Urnengrabes

oder das Einsetzen einer Urne in ein bereits bestehendes Grab, inkl. Hintragen der Urne vom Trauerhaus auf den Friedhof	Fr. 150.--

11. Für die Erstellung eines Grabhügels

für ein Kinder- oder Urnengrab	Fr. 50.--
für ein grosses Grab	Fr. 80.--
nach Beisetzung einer Urne in ein bestehendes Grab	Fr. 50.--

12. Für die Benützung der Leichenhalle

pro Tag	Fr. 100.--

13. Für den administrativen Aufwand

gesamte Organisation durch Bestattungsamt Glarus Süd	Fr. 200.--

14. Gebühren Gemeinschaftsgräber

die einmalige Gebühr für den Unterhalt und die Pflege	Fr. 500.--
für die Inschrift auf der Schriftplatte	Fr. 100.--

Die Aufwendungen für die Beschriftung werden durch den Bildhauer separat und direkt in Rechnung gestellt.

15. Ausnahmebewilligungsgebühren für die Beisetzung von auswärts wohnhaften Personen

für Erdbestattungen	Fr. 1000.--
für Urnenbestattungen in Urnengräbern und bestehende Gräber	Fr. 500.--
für Urnenbestattungen in Gemeinschaftsgräber	Fr. 200.--

Wenn die verstorbene Person während 20 Jahren in der Gemeinde wohnhaft war, reduziert sich die Gebühr um 50%.

Spezielle Aufwendungen, die in dieser Tarifempfehlung nicht enthalten sind, können zusätzlich verrechnet werden.

Dieser Gebührentarif tritt per 1. Januar 2011 in Kraft.

Erlassen vom Gemeinderat Glarus Süd am 9. Dezember 2010.

11. Genehmigung Friedhofverordnung Glarus Süd

Archiv-Nummer
12.01

Diskussion

Departementsvorsteherin und Vizepräsidentin Simone Eisenbart erläutert das Geschäft. Zu Art. 19 *Bewilligungspflicht* führt sie im Speziellen aus, dass einheimische Steinmetze nur eine Bewilligung des Bestattungsamtes einholen müssen, wenn ein aussergewöhnliches Grabmahl vorgesehen ist. Hingegen kennen auswärtige Steinmetze die Gegebenheiten nicht und haben eine entsprechende Bewilligung einzuholen.

Rolf Elmer, Elm, beantragt im Namen der Kirchgemeinde Elm und dem Kirchenrat Elm, Art. 5 Abs. 2 folgendermassen zu ergänzen (Ergänzung fett):

²Die Benützung der Friedhöfe als öffentliche Durchgänge bzw. zu andern Zwecken als zu Gräber- und Kirchenbesuchen oder Führungen ist verboten. Für besondere musikalische oder religiöse Veranstaltungen innerhalb des Friedhofs ist die Bewilligung der Departementsvorsteherschaft ***und dem örtlichen Kirchenrat*** *einzuholen.*

Rolf Elmer begründet seinen Antrag damit, dass die örtlichen Kirchenräte am ehesten wissen, was sie auf ihrem Friedhof erlauben dürfen und was zu Unstimmigkeiten führt.

Departementsvorsteherin Simone Eisenbart erwähnt, dass die Friedhofverordnung in den einzelnen Kirchenräten in Vernehmlassung war. Es wäre schön gewesen, wenn diese Anpassung bereits im Vernehmlassungsverfahren eingeflossen wäre. Das Departement Sicherheit und Freizeit hat mit den örtlichen Kirchenräten die Besitzesverhältnisse mittels Vereinbarungen zu regeln. In diesem Zusammenhang wird der Kirchenrat orientiert, dass er jeweils über entsprechende Veranstaltungen informiert wird.
Rolf Elmer erwähnt, dass diese Anpassung nachträglich von der Kirchgemeindeversammlung beschlossen worden sei.

Christoph Loser, Sool, beantragt, der Vorlage gemäss Gemeinderatsantrag zuzustimmen. Mit den Kirchenräten könne diesbezüglich eine Vereinbarung getroffen werden.

Der Vorsitzende stimmt über den Antrag von Rolf Elmer zu Artikel 5 ab. Die Abstimmung ergibt ein eindeutiges Mehr für den Antrag des Gemeinderates und gegen den Antrag Elmer.

Thomas Hefti, Diesbach, fragt, ob die Bestattungsfrist in Art. 32 nicht verlängert werden könne. Innerhalb von 96 Stunden scheint ihm etwas kurz, wenn der Todesfall z.B. an einem Samstag eintritt. Hier erklärt der Vorsitzende, dass dies in übergeordnetem Recht geregelt sei. Damit zeigt sich der Fragesteller befriedigt.

Fridolin Schuler, Braunwald, beantragt, im Anhang 1 zur Friedhofverordnung das "Anonym" beim Gemeinschaftsgrab zu streichen. Bereits heute seinen Namenstafeln angebracht.

Frau Ruckstuhl, Braunwald, erklärt daraufhin, dass diese Namenstafeln widerrechtlich angebracht wurden. Gemäss Friedhofverordnung von Braunwald sei das Gemeinschaftsgrab anonym.

Daraufhin zieht Fridolin Schuler seinen Antrag zurück.

Die Friedhofverordnung wird ohne Änderungen angenommen.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

12. Abwasserverband Glarnerland (ARA) Bilten Projekt Sanierung und Optimierung Nachklärung - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 4'160'000.- (exkl. MwSt.)

Archiv-Nummer
23.04.00

12.1 Sachverhalt

Der Abwasserverband Glarnerland betreibt bei Bilten eine Abwasserreinigungsanlage. Die Anlage reinigt die Abwässer grosser Teile des Kantons Glarus und einzelner St. Galler Gemeinden. Die Anlage ist auf 70'000 Einwohnerwerte ausgelegt. Die aktuelle Belastung liegt mit rund 69'000 Einwohnerwerten bei der Dimensionierungsgrenze.

Es besteht ein dringender Handlungsbedarf bei der Nachklärung. Die Leistung der Nachklärung weist Defizite und die Beckenausrüstung weist altersbedingt diverse Mängel auf. So sind insbesondere die Nachklärbeckenräumer (Saugräumer) in einem schlechten Zustand. Sie sind anfällig auf Wind und Vereisung der Laufbahnen und fallen deshalb regelmässig aus. Die Regelung der Rücklaufschlammmengen funktioniert nicht mehr richtig und es muss daher zunehmend auf die Handsteuerebene ausgewichen werden. Damit ist die Betriebssicherheit der Nachklärung nur noch in reduziertem Masse gewährleistet. Deshalb ist eine Sanierung der Nachklärung dringend nötig.

12.2 Allgemeine Projektbeschreibung

Das Sanierungskonzept sieht einen Umbau der querdurchströmten Nachklärbecken in längsdurchströmte Becken vor. Dabei wird die äussere Geometrie der Becken nicht wesentlich verändert und der Umbau findet in der bestehenden Bausubstanz statt. Vom bestehenden Belebungsbecken wird der hintere Teil der Nachbelüftungszone abgetrennt und als Einlaufbereich für die Nachklärung genutzt. In dieser Zone kann aufgrund der tieferen Belebungsbecken ein kleiner Trichter angeordnet werden, aus dem der Rücklaufschlamm über Saugbalken in die Belebungsbecken zurückgefördert wird. Die Beckenbreite von 12 m verlangt dabei für das gleichmässige Absaugen des Rücklaufschlamms den Einsatz von zwei Saugbalken pro Becken. Die Schlammräumung erfolgt über Kettenräumer. Der Ablauf erfolgt über Tauchrohre mit Überlaufkästen am Beckenrand.

Der Rücklaufschlamm wird über neu zu erstellende Rohrleitungen in den bestehenden Rinnen zum Belebungsbecken geführt. Der Überschussschlamm lässt sich dabei neu direkt aus dem Rücklaufschlammstrom entnehmen.

Weil für die längsdurchströmte Nachklärung im Zulauf kaum Energieverluste auftreten, kann der Wasserspiegel in der Nachklärung bei dieser Variante um rund 55 cm angehoben werden. Aufgrund der notwendigen Anpassungen am Beckenboden kann die aktuelle Tiefe von 3.0 m schliesslich auf eine Beckentiefe von 3.30 m erhöht werden. Durch die Anordnung des Zulaufs und des Trichters im Bereich der bestehenden Biologie wird das Volumen der Biologie um 6.5 % reduziert.

12.3 Kostenvoranschlag

Folgender Kostenvoranschlag für das oben definierte Projekt wurde auf der Preisbasis Stand Februar 2011 vorgenommen. Die Kosten sind auf ± 10% gemäss SIA 103 exkl. MWSt. geschätzt.
Für den Kostenvoranschlag wurden für wichtige Positionen (Beckenausrüstung, Rohrleitungen) Richtofferten eingeholt. Für die anderen Positionen wurden Erfahrungswerte beigezogen oder Kosten von ähnlichen aktuellen Projekten verwendet. Die Kosten für die Betonsanierungen stützen sich auf den Bericht der Schällibaum AG und die darin empfohlenen Massnahmen ab.
Nicht in den Kostenvoranschlag aufgenommen sind die Kosten für Provisorien und Betriebsmittel während der Bauphase. Diese Kosten fallen nur unter ungünstigen Witterungsbedingungen während der Bauphase an und werden über den Betrieb der Kläranlage beschafft. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die Aufwendungen für die geologischen Abklärungen durch einen externen Geologen (Dr. von Moos AG), welche direkt durch den Abwasserverband beauftragt wurden.

Arbeitsgattung		Total
Vorbereitungsarbeiten	CHF	35'000
Abbruch, Demontage	CHF	320'000
Baumeisterarbeiten	CHF	430'000
Betonsanierungen	CHF	270'000
Schlosserarbeiten	CHF	210'000
Verfahrenstechnische Ausrüstungen	CHF	1'695'000
Umgebung	CHF	60'000
EMSRL-Technik	CHF	510'000
Technische Arbeiten, Nebenkosten	CHF	270'000
Reserven	CHF	360'000
GESAMTTOTAL exkl. MwSt.	CHF	4'160'000

12.4 Bauablauf

Die Sanierung der Nachklärbecken erfolgt in zwei Etappen. Die erste Etappe umfasst die Becken 1+2 und soll im Jahr 2011 ausgeführt werden. Die zweite Etappe mit dem Umbau der restlichen beiden Becken erfolgt im Jahr 2012. Insbesondere die Baumeister- und Betonsanierungsarbeiten verlangen die Sanierung im Frühjahr bis Herbst. Eine Sanierung im Winter ist auch aus Sicht der Aufrechterhaltung des Betriebs während der Bauphase nicht empfehlenswert. Die zuständige Gewässerschutzbehörde des Kantons Glarus hat zum Bauablauf ihr grundsätzliches Einverständnis gegeben.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Antrag auf Gewährung eines Bruttokredits von Fr. 4'160 Mio. an den Abwasserverband Glarnerland. Dieser Betrag wird vom Abwasserverband investiert und mit den jährlichen Benützungsgebühren an die Gemeinden weiterverrechnet. Aus diesem Grund ist dieser Bruttokredit nicht ins Investitionsbudget einzustellen.

12.5 Beschluss
der Gemeindeversammlung (ohne Wortmeldung)
auf Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat das vorliegende Geschäft an seiner Sitzung vom 31. März 2011 beraten und zuhanden der Gemeindeversammlung verabschiedet. Die Finanzierung liegt in der Verantwortung des Abwasserverbandes ARA Glarnerland und wird mittels Gebühren generiert.

12.5.1 Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 4'160'000.- (exkl. MWSt.) für die Sanierung und Optimierung der Nachklärung.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 24.06.2011

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

12. Abwasserverband Glarnerland (ARA) Bilten Projekt Sanierung und Optimierung Nachklärung - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 4'160'000.- (exkl. MwSt.)

Archiv-Nummer
23.04.00

Diskussion

Das Wort zu diesem Geschäft wird nicht verlangt. Die Versammlung hat dementsprechend dem Geschäft stillschweigend zugestimmt.

13. Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung

Archiv-Nummer

Es werden keine Anträge gestellt. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass selbstverständlich jederzeit Anträge schriftlich eingereicht werden können.

14. Umfrage

Archiv-Nummer

Dieses Traktandum wird nicht benutzt.

Dr. Thomas Hefti orientiert, dass jeweils am ersten Mittwoch im Monat zwischen 16.30 und 18.00 Uhr Sprechstunden stattfinden. Infolge der bevorstehenden Sommerferien findet die nächste Sprechstunde am Mittwoch, 3. August 2011 im Ratsherrenhaus in Mitlödi statt. Eine Voranmeldung ist erwünscht.

Damit schliesst der Gemeindepräsident die Gemeindeversammlung mit dem Hinweis, dass in der ganzen Gemeinde Glarus Süd die Polizeistunde auf 02.00 Uhr angesetzt ist.

Ende: 22.50 Uhr

Genehmigt vom Gemeinderat Glarus Süd am 30. Juni 2011

Für die Richtigkeit:

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon